



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

## „Der österreichische Marxismus – KPÖ und SPÖ – und die Europäische Union“

Rudolf Brezna

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Diplomstudium Politikwissenschaft UniStG

Betreuerin / Betreuer:

emer. O. Univ-Prof. Dr. Peter Gerlich

Gewidmet meinen liebevollen Eltern,  
die soviel Geduld in mich, aber auch mein Studium  
gesteckt haben. Danke.

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>1. Einleitung</b>	Seite 5
<b>2. Theoretische Grundlagen</b>	Seite 12
<i>2.1 Sachlogik</i>	Seite 13
<i>2.2 Fusionsthese</i>	Seite 16
2.2.1 Erosionsthese	Seite 21
<b>3. Der Reformvertrag</b>	Seite 25
<i>3.1 Argumente der Befürworter des Reformvertrags</i>	Seite 27
<i>3.2 Argumente der Gegner des Reformvertrags</i>	Seite 31
<i>3.3 Analyse der Argumente</i>	Seite 34
3.3.1 Außenpolitische Beweggründe	Seite 35
<i>3.2 Innenpolitische sowie nationale Beweggründe</i>	Seite 38
<b>4. KPÖ und die Europäische Union</b>	Seite 40
<i>4.1 Reflexartige Ablehnung der Europäischen Union auf Grund der eigenen Geschichte?</i>	Seite 40
<i>4.2 Europäischer Reformvertrag von Lissabon (Die Europäische Verfassung)</i>	Seite 43
4.2.1 Militärische Bereiche im Reformvertrag	Seite 47
4.2.2 Sozial- und Wirtschaftspolitische Kritik	Seite 51
<i>4.3 Europa in der Krise</i>	Seite 57

**5. SPÖ und die Europäische Union** Seite 59

---

*5.1 Affinität zur Europäischen Union auf Grund  
der eigenen Geschichte?* Seite 60

---

*5.2 Europäischer Reformvertrag von Lissabon  
(Die Europäische Verfassung)* Seite 62

---

*5.2.1 Militärische Bereiche im Reformvertrag* Seite 66

---

*5.2.2 Sozial- und Wirtschaftspolitische Kritik* Seite 69

---

*5.3 Europa in der Krise* Seite 72

---

**6. Überschneidungen und Differenzen** Seite 75

---

*6.1 Europäischer Reformvertrag* Seite 76

---

*6.1.1 Militärische Bereiche im Reformvertrag* Seite 76

---

*6.1.2 Sozial- und Wirtschaftspolitische Kritik* Seite 78

---

*6.2 Europa in der Krise* Seite 80

---

**7.Schluss** Seite 81

---

## 1. Einleitung

Meine Arbeit wird Programme und Politik der beiden stimmenstärksten marxistischen Parteien Österreichs, KPÖ und SPÖ, hinsichtlich Standpunkten zur Europäischen Union beleuchten. Außerdem werde ich mich auf Stellungnahmen und Äußerungen wichtiger Parteifunktionäre beziehen. Dabei werde ich die „Europäische Verfassung“, wie der Reformvertrag von Lissabon in seiner ersten in Österreich ratifizierten Form genannt wurde, behandeln. Dabei sind viele Aussagen zur ursprünglichen EU-Verfassung genauso für den Vertrag von Lissabon gültig. Gerade in der Kritik der KPÖ zur Europäischen Verfassung werden Artikel angesprochen, die im Reformvertrag weiterhin enthalten sind. Dieser Vertrag hat während seiner Entstehung unterschiedliche Reaktionen innerhalb der Linken in Europa hervorgerufen. Meine Arbeit wird dabei einen Blick auf die Ansichten der KPÖ sowie der SPÖ werfen und diese hinterfragen.

Die vorliegende Arbeit wird auf zwei Theorien, die bei genauerer Betrachtung einige Ähnlichkeiten aufweisen, aufbauen. Die erste der beiden Theorien, die ich im Teil „2. Theoretische Grundlagen“ behandeln werde, ist die Sachlogik Walter Hallsteins, welcher erster Präsident der 1957 gegründeten „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ war. Diese Theorie besagt, dass jegliche Politikfelder miteinander verknüpft sind und daher eine weitgehende Integration zur Lösung moderner und damit globaler Probleme notwendig sei. Die Sachlogik ist damit so etwas wie ein natürlicher Prozess des politischen Handelns und der politischen Machtverteilung.

*„Wie die Vollständigkeit des Alphabets gibt es eine innere Einheit aller Wirtschaftspolitik, die stärker ist als die Willkür politischer Gewalten. Ohne sie gäbe es keine Wissenschaft von der Wirtschaft, denn jene Sachlogik ist der eigentliche Gegenstand dieser Wissenschaft. An keiner Stelle kann man dem*

*Organismus der Wirtschaftspolitik etwas antun, ohne ihn an allen Stellen zu treffen.“<sup>1</sup>*

Im theoretischen Teil werde ich zeigen, dass diese „Vollständigkeit“ nicht alleine auf reine, typische Wirtschaftsfelder umzulegen ist, sondern jegliche Politikfelder der Sachlogik unterworfen sind.

Die zweite theoretische Grundlage die meine Arbeit beeinflusst ist die Fusionsthese von Wolfgang Wessels. Er behauptet, ähnlich der Sachlogik, die meisten nationalen Probleme seien nur noch auf supranationaler Ebene zu lösen. Diese These wird mir überwiegend bei der Analyse der zustimmenden SPÖ-Haltung zu Integrationsfragen helfen. Dabei setzt die Fusionsthese auf eine „diffuse Akzeptanz“ der Bevölkerung. Diese Akzeptanz basiert auf der Beteiligung nationalstaatlicher Institutionen am Entscheidungsprozess, wodurch sich eine demokratische Legitimation ergibt.

Zusätzlich geht die Theorie davon aus, dass die Staaten im derzeitigen System im Grunde keine andere Wahl haben, als immer mehr Kompetenzen an die Europäische Union abzutreten. In einer globalisierten Welt wachsen die Ansprüche der Bevölkerung an ihre Staaten immer stärker, die Regierungen finden gleichzeitig aber immer weniger Spielraum vor um diese Bedürfnisse zu befriedigen. Durch dieses „doppelte Entscheidungsdilemma“, wie es die Fusionsthese nennt, werden die Staaten gezwungen Kompetenzen abzugeben.

Allerdings lässt sich die Fusionsthese weiterführen zu einer weiteren These, der Erosionsthese, welche mir überwiegend bei der Analyse der ablehnenden Haltung der KPÖ helfen wird. Das beschriebene Schema muss allerdings nicht streng eingehalten

---

<sup>1</sup> Zitiert bei Hallstein, Walter (1975). Die Europäische Gemeinschaft. Econ Verlag. Düsseldorf/Wien. 1979. 22.

werden, sondern könnte abhängig von den Standpunkten der Parteien auch variiert werden.

*„Während die Fusionsthese auf die Unterstützung von betroffenen, aber eben dann auch beteiligten Eliten abstellt, die für die gemeinschaftliche Nutzung von staatlichen Steuerungsinstrumenten zumindest eine breite, aber diffuse öffentliche Zustimmung auf dem niedrigen Informationsniveau erhalten, geht die Erosionsthese von dem einzelnen Bürger aus, der angesichts der komplexen Verfahren orientierungslos wird und so dem staatlichen Geschehen – auf welcher Ebene auch immer – zunehmend skeptisch gegenübersteht.“<sup>2</sup>*

Die Erosionsthese sieht die Argumente der Fusionsthese als schwerwiegenden Fehler. Die Abgabe von immer mehr Kompetenzen führt demnach zu einer starken Inakzeptanz in der Bevölkerung und somit zu einer Erosion der Gemeinschaft. Hierbei sieht die These auch die populistische Haltung von nationaler Politik als Grund. Oft wird als Schuldiger für Probleme die Europäische Union gesehen.

*„Der Bürger sieht sich nicht mehr seinem „Staat“ gegenüber, sondern – von der kommunalen bis zur internationalen Ebene - von mehreren Schichten funktional ausgerichteten Verwaltungseinheiten überzogen, die nicht – wie der Nationalstaat - identifikationsfähig und nicht zur Begründung eines gegenseitigen Schutz- und Loyalitätsverhältnisses in der Lage sind.“<sup>3</sup>*

Während des Ratifizierungsprozesses zum Reformvertrag gab es Volksentscheide in mehreren europäischen Staaten. In mehreren Staaten wurde eine Volksbefragung abgehalten, Frankreich entschied sich für eine rechtlich verbindliche Volksabstimmung.

---

<sup>2</sup> Wessels, Wolfgang (1997). Die Europäische Union der Zukunft – immer enger, weiter und ... komplexer? Die Fusionsthese. In: Europa 2020. Jäger, Thomas/ Piepschneider, Melanie (Hg.). Leske + Budrich, Opladen. Hemsbach. 61.

<sup>3</sup> Zitiert Ebda. 61

Für meine Arbeit werde ich einen kurzen Ausflug zur dieser französischen Abstimmung unternehmen um mir so die prinzipiellen Beweggründe einer möglichen positiven bzw. negativen Einstellung anzusehen. Dabei wird mir eine, unmittelbar nach der französischen Abstimmung abgehaltene Umfrage helfen diese Motive zu ermitteln. Ich habe dieses Vorgehen gewählt, da die französische Abstimmung die wohl größte "Umfrage" zum Reformvertrag darstellt und ihre Analyse einen guten Einblick in die Einstellung der Gegner bzw. Befürworter des Vertrags von Lissabon gewährt.

Die dabei erhaltenen Antworten werde ich in 3 Gruppen unterteilen. So wird sich zeigen, welche Motivationen, seien es nationale Beweggründe, Beweggründe der europäischen Außen- oder auch Innenpolitik, eine positive bzw. negative Einstellung beeinflussen.

Aus den angeführten drei Punkten wird sich zeigen, wie nahe bzw. fern die beiden Parteien sich mit ihren Standpunkten und „wichtigsten“ Sichtweisen der Europäischen Union von den Bürgern befinden und ob die von mir oben ausgeführten Theorien auf die Praxis umzulegen sind.

Nach der kurzen Analyse der französischen Volksabstimmung werde ich die Argumente der beiden Parteien behandeln. Dabei stelle ich die These auf, dass die kommunistische Partei der Europäische Union im Allgemeinen und dem Reformvertrag im Besonderen ablehnend gegenüber steht. Dabei werden mir vor allem Aussagen der Politischen Plattform der KPÖ, welche als Parteiprogramm verstanden werden kann, behilflich sein.

Stärkste Kritikpunkte der KPÖ an der Europäischen Union sind dabei zweifelsfrei die Frage der militärischen Bereiche, die in dem Vertrag von Lissabon geregelt werden, sowie die sozial- und wirtschaftspolitischen Aspekte. Aus Sicht der KPÖ ist mit dem Reformvertrag eine



*„Aufrüstungsverpflichtung, die Teilnahme an einer EU-Rüstungsagentur, eine militärische Beistandsverpflichtung, die Selbstermächtigung bei Militärinterventionen auch ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates, die Einrichtung eines militärischen Kerneuropas und die Privilegierung der Atomindustrie inbegriffen.“<sup>4</sup>*

Selbstverständlich wird aber auch das Prinzip der freien Marktwirtschaft scharf kritisiert. Aus Sicht der KPÖ bekommt der Neoliberalismus damit „Verfassungsrang“ und sie kann und will diesen Umstand nicht akzeptieren. Aus kommunistischer Sicht ist das eine verständliche Haltung, ist doch das marktwirtschaftliche Prinzip nicht mit der Parteilinie und den weltanschaulichen Vorstellungen der Mitglieder der KPÖ in Einklang zu bringen.

Eine Frage die sich bei der Arbeit stellt ist die historische Komponente. Die Geschichte Europas und die damals engen Verbindungen der KPÖ zur Sowjetunion lassen Schlussfolgerungen auf eine Beeinflussung der heutigen Haltung zu. Meine Arbeit wird diese Frage untersuchen und die heutigen Gründe der KPÖ für ihre ablehnende Haltung beleuchten.

Die SPÖ wiederum trat seit ihrem Bestehen für einen gemäßigten Kurs ein und sah die Schriften von Marx als Ziel oder Vision, weniger als Richtlinie. Aus diesem Umstand wird abzuleiten sein, ob die Partei dadurch leichter mit einer kapitalistisch organisierten Europäischen Union umzugehen weiß. Es stellt sich also auch hier die Frage der historischen Komponente.

Meine These ist , dass die Sozialdemokratie prinzipiell positiv gegenüber der Europäischen Union im Allgemeinen und dem Reformvertrag im Besonderen gegenüber

---

<sup>4</sup> Stingl, Josef (2007). EU-Reformvertrag: Volksentscheid für GLB unumgänglich. In: <http://news.glb.at/news/article.php/20071019084145306>. 18. Oktober 2007.

steht. Dabei werden mir auf der einen Seite das Grundsatzprogramm, aber auch Aussagen hochrangiger SPÖ-Politiker als Hilfe für die Analyse dienen. Zur Bestätigung bzw. Widerlegung der Argumente der Parteien werden mir unter anderem auch als „neutrale“ Stimme Aussagen des Grün- und Europapolitikers Cohn-Bendit dienen.

Ebenso wie bei der KPÖ werde ich mir die militärischen aber auch sozial- und wirtschaftspolitischen Einstellungen in Bezug zur Europäischen Union ansehen. Sollten sich meine Thesen als richtig erweisen, wird sich dabei ein deutlicher Unterschied zu der Sichtweise der KPÖ zeigen.

So wird sich zeigen, ob die prinzipielle Einstellung gegenüber der Marktwirtschaft eine gänzlich andere als die der KPÖ ist. Die SPÖ sieht in dieser Wirtschaftsform durchaus Chancen für die Gesellschaft, aber auch die militärischen Bereiche des Reformvertrages werden kaum kritisiert. Die vorliegende Arbeit wird zeigen, dass man dieser Frage auch geschickt auszuweichen versucht, indem man auf die sozialen Probleme als eigentliche Bedrohung hinweist.

Das aktuelle Thema der Wirtschafts- bzw. Finanzkrise in ihrem Höhepunkt der griechischen Staatskrise werde ich ebenfalls bei beiden Parteien einer kurzen Untersuchung unterlegen. So ist hier zu analysieren welche Auswirkungen die Krise auf die Sichtweise von KPÖ und SPÖ hat und ob die beiden Parteien sich in ihren Standpunkten bestätigt fühlen oder diese auf Grund der derzeitigen Probleme kritisch hinterfragen.

Nachdem meine Arbeit sich beide Parteien und deren Sichtweisen getrennt voneinander angesehen hat bleibt eine Untersuchung der Überschneidungen und Differenzen durchzuführen. Dabei wird zu erforschen sein, ob es, sollten sich die aufgestellten Thesen, die entgegengesetzte politische Sichtweisen der beiden Parteien formulieren, als richtig erweisen, nicht doch an manchen Stellen Überschneidungen der Standpunkte gibt.

Nochmals die Thesen, welche zur Untersuchung stehen, auf den Punkt gebracht:

1) Die kommunistische Partei steht der Europäische Union im Allgemeinen und dem Reformvertrag im Besonderen grundsätzlich ablehnend gegenüber.

2) Die sozialdemokratische Partei steht der Europäische Union im Allgemeinen und dem Reformvertrag im Besonderen grundsätzlich positiv gegenüber.

Sind sich beide marxistischen Parteien doch so fremd, wie es meine Thesen vermuten lassen oder treffen sie sich doch wieder in dem einen oder anderen Punkt bzw. zumindest im Zweck? Wir werden sehen.

## 2. Theoretische Grundlagen

Dieser Teil der Arbeit wird sich mit den zwei (Sachlogik und Fusionsthese) beziehungsweise drei (Weiterführung der Fusionsthese zur Erosionsthese) Theorien, die meiner Arbeit zu Grunde liegen, beschäftigen. Diese Theorien werden helfen meine Analysen zu begründen und so wissenschaftlich zu untermauern. In weiterer Folge wird sich zeigen, ob die in der Einleitung genannten Thesen zutreffend sind und sich somit bestätigen lassen.

Dabei begründet die Sachlogik den logischen Prozess der immer tiefer gehenden Integration. Durch die immer globaler werdenden politischen und gesellschaftlichen Probleme sehen sich nationale Regierungen gezwungen Kompetenzen und Machtbereiche in die supranationale Organisation Europäische Union zu übergeben. Hier knüpft die Fusionsthese direkt an und bestätigt die Annahme der Sachlogik. Allerdings liegt eine starke Betonung auf der politischen und demokratischen Legitimität aufgrund „diffuser Akzeptanz“ in der Bevölkerung. Diese wiederum wird von der Erosionsthese angezweifelt. Durch die nicht mehr gegebene Transparenz und die dadurch entstehende Undurchsichtigkeit der Entscheidungen sorgt die Europäische Union demnach für die Unzufriedenheit und Nicht-Akzeptanz in der Bevölkerung. Sie delegitimiert sich dadurch praktisch von selbst.

## 2.1 Sachlogik

Die Sachlogik nach Hallstein besagt, dass Probleme eines Politikfeldes nicht lösbar sind ohne ein anderes zu berühren, oder dort ebenfalls Änderungen vornehmen zu müssen. Auf die Europäische Union bezogen bedeutet dies die Unmöglichkeit langfristig nationale Kompetenzen in bestimmten Bereichen aufzugeben um so eine effizientere Problemlösung zu erhalten, ohne andere Bereiche ebenfalls in das Kompetenzfeld der Europäischen Union zu übergeben und so supranationalen Gemeinschaftsentscheidungssystemen zu unterwerfen. Diese Überlegung drückt sich in einer Broschüre über „Zollunionen“ des Völkerbundes, neu aufgelegt von den Vereinten Nationen im Jahr 1947, aus:

*„Damit eine Zollunion zustande komme, muß man freie Warenbewegung in der Union erlauben. Damit eine Zollunion Wirklichkeit werde, muß man freie Bewegung von Personen erlauben. Damit eine Zollunion von Bestand bleibe, muß man freie Austauschbarkeit der Währungen und feste Wechselkurse in der Union aufrechterhalten. Wenn aber freie Bewegung von Waren, Personen und Kapital in einem Gebiet existiert, können keine verschiedenen Wirtschaftspolitiken zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftsprozesses betrieben werden.“<sup>5</sup>*

Dieses Zitat bestätigt die Sachlogik, ist jedoch lediglich auf eine gemeinsame Wirtschaftspolitik bezogen, in logischer Konsequenz ist sie auf alle Politikfelder umlegbar. Wirtschaftspolitische Entscheidungen wirken sich unmittelbar auf alle Politikfelder und somit direkt auf die Lebensumstände aus. Wirtschaftspolitik zu betreiben, ohne dabei an die Auswirkungen auf andere wichtige Bereiche, etwa die Sozialpolitik, zu achten scheint so nicht möglich oder zumindest schwer fahrlässig zu sein. Die Europäische Union muss dies berücksichtigen, genauso wie die einzelnen Nationalstaaten, wenn sie Kompetenzen übertragen oder spezifische Entscheidungen blockieren und somit einen Stillstand in der Entwicklung anderer Bereiche erzwingen.

---

<sup>5</sup> Zitiert bei Hallstein, Walter (1975). Die Europäische Gemeinschaft. Econ Verlag. Düsseldorf/Wien. 1979. 22.

*„Es gibt weiter die Steuergrenze. Von einem wirklich freien Warenverkehr kann keine Rede sein, solange wegen der Verschiedenheit der Umsatzsteuern Steuerrückvergütungen und ---ausgleichsabgaben in Kraft sind. Dazu müssen in einem ersten Schritt die Umsatzsteuersysteme der Mitgliedstaaten vergleichbar gemacht, in einem zweiten die Steuersätze angeglichen werden.*

*Die Konsequenzen beschränken sich indessen nicht auf die Umsatzsteuer. Einmal bildet jedes Steuersystem ein Ganzes, und die Veränderungen eines so wichtigen Teils wie der indirekten Steuern zwingen zu Veränderungen auch bei den direkten Steuern. Zum andern verlieren die Mitgliedstaaten durch jene notwendige gemeinschaftliche Disziplin die Freiheit, ihre Umsatzsteuersysteme gemäß ihrem Finanzbedarf zu manipulieren. Das hat natürlich einschneidende Folgen für die Budgetpolitik der Mitgliedstaaten.“<sup>6</sup>*

Eine gemeinsame „Zollunion“ bewirkt somit unmittelbar Konsequenzen auf alle Wirtschafts- und Steuerbereiche, welche wiederum Auswirkungen auf die Fiskalpolitik der Nationalstaaten haben. Somit wird der nationale Staat mittelfristig gezwungen immer mehr Kompetenzen abzugeben. Aus den Folgen für die Budgetpolitik durch ein gemeinsames Steuersystem ergibt sich also in weiterer Folge logischerweise eine gemeinsame Politik in so gut wie jedem Bereich, beispielsweise Sozialpolitik oder Umweltpolitik, da politisches Handeln zu einem überwiegenden Teil von vorhandenen und verfügbaren Ressourcen abhängt. So muss sich die europäische Politik am Bedarf und an der Verteilung der Ressourcen orientieren.

*„Das bedeutet, daß... große Teile der Rechtsordnungen, die für die Wettbewerbsverhältnisse relevant sind, von der Integration berührt werden: das Kartellrecht, das Gesellschaftsrecht, das Patentrecht, das Schuldrecht, das Handelsrecht, das Vollstreckungsrecht usw... An dieser Stelle wird zugleich am deutlichsten, daß die psychologische Kettenreaktion der Integration nicht an den*

---

<sup>6</sup> Hallstein, Walter (1975). Die Europäische Gemeinschaft. Econ Verlag. Düsseldorf/Wien. 1979. 24.

*Grenzen der Wirtschafts- und Sozialpolitik haltmacht... Alle Politik ist eine Einheit.*<sup>7</sup>

Diese „Einheit aller Politik“ muss die handelnden Akteure zwingen die Auswirkungen auf alle Bereiche zu bedenken, vor allem aber fortwährend nationale Kompetenzen auf die Europäische Union zu übertragen, um so eine handlungsfähige Politik der Union zu gewährleisten. Je mehr Kompetenzen auf die Gemeinschaft übertragen werden, desto handlungs- und entscheidungsfähiger wird sich die Europäische Union und effektiver ihre Beschlüsse zeigen.

---

<sup>7</sup> Ebda. 27.

## 2.2 Fusionsthese

Hier wird die Sachlogik „weiterentwickelt“ und der Europäischen Union durch „diffuse Akzeptanz“ in der Bevölkerung ihre Legitimität gegeben. Wie bei der Sachlogik wird auch hier davon ausgegangen, dass eine immer tiefer werdende Union eine logische Konsequenz aus der Geschichte und den politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten darstellt. Mit „Fusion“ ist dabei ein „Vermischen“ von Entscheidungsebenen und Kompetenzfeldern gemeint, da immer mehr Akteure an einer einzelnen Entscheidung beteiligt werden. Die Annahme, dass diese an sich demokratische Vorgangsweise aber auch zu Konfusionen führen kann, greift die Erosionsthese auf. Die dabei angenommene „Erosion“ hätte verheerende Auswirkungen auf die Gesellschaft und Wirtschaft Europas.

*„Die Regierungen und Verwaltungen der westeuropäischen Wohlfahrts- und Dienstleistungsstaaten verschmelzen in wachsendem Maße staatliche Handlungs- und Steuerungsinstrumente, die teils in der Verfügungsgewalt der Mitgliedstaaten (oder ihrer Regionen) und teils in derjenigen der EU/EG-Organen liegen... Der Begriff „Fusion“ soll so einen Prozeß charakterisieren, bei dem staatliche und quasi-staatliche Handlungsinstrumente in zunehmendem Maße gemeinsam, d.h. im Rahmen von Verfahren mit hoher gegenseitiger Beteiligung mehrerer Ebenen, genutzt werden. Für den Adressaten staatlicher Aktionen sind die jeweiligen Anteile einzelner Systemebenen an der politischen Problemverarbeitung in der Regel nicht mehr erkennbar. Die Instrumente erscheinen wie von nur einem Akteur eingesetzt.“<sup>8</sup>*

Durch die Überlappung einzelner Ebenen wie Nationalstaaten und Europäische Union entstehen Spannungsverhältnisse, die sich in einem „doppelten Entscheidungsdilemma“ ausdrücken. Die Staaten sehen sich immer mehr unter Druck ihre Grenzen und Kompetenzen zu Gunsten eines Größeren aufzugeben.

---

<sup>8</sup> Wessels, Wolfgang (1997). Die Europäische Union der Zukunft – immer enger, weiter und ... komplexer? Die Fusionsthese. In: Europa 2020. Jäger, Thomas/ Piepschneider, Melanie (Hg.). Leske + Budrich, Opladen. Hemsbach. 55f.



*„Das magische Dreieck besteht so aus einer Stabilisierung des demokratischen Systems durch wohlfahrtsstaatliche Leistungen, die eine wachsende Wirtschaftskraft voraussetzen, die wiederum nur durch eine Öffnung des nationalen Regelungsraums erreicht werden kann. Bei der Wahl der Problemverarbeitungsebene stehen Regierungen und Verwaltungen so vor einem grundsätzlichen Dilemma: Wachsende Ansprüche an staatliche Leistungen, die aus Gründen der begrenzten Effektivität der verfügbaren staatlichen Ressourcen nicht mehr allein im nationalen Rahmen erbracht werden können, lassen eine verstärkte Nutzung zwischenstaatlich angesiedelter Handlungsinstrumente rational erscheinen. Diese Auslagerung staatlicher Entscheidungen schwächt jedoch wesentliche Grundlagen parlamentarischer Verfassungssysteme. Die politische Binnendynamik interdependenter Wohlfahrtsstaaten führt zur Schwächung konstitutioneller Grundelemente westeuropäischer Staaten.“<sup>9</sup>*

Der Anspruch auf soziale und andere Leistungen gegenüber dem Nationalstaat wächst. Dieser ist aber, auf sich alleine gestellt, nicht mehr in der Lage diese zu erfüllen. Durch die durch diesen Druck erzeugte Notwendigkeit der Aufgabe nationalstaatlicher Entscheidungskompetenzen zu Gunsten einer supranationalen, gemeinsamen Politik verlieren die Regierungen einzelner Staaten ihre Möglichkeiten einer eigenständigen Gestaltung der Entwicklung einzelner Politikfelder. Diese Realität führt automatisch zu der Frage nach der demokratischen Rechtfertigung dieser neuen Strukturen. Die Fusionsthese antwortet auf dieses Problem und gibt der europäischen Integration eine doppelte oder „duale Legitimität“.

*„Staatliche Akteure setzen mit ihrer Beteiligung national erworbene Legitimation ein; die Organe und Gremien der zwischenstaatlich angesiedelten Organisation nutzen ihre jeweils eigene fachliche, politische oder rechtliche Legitimationsbasis. Die Legitimationsquellen aller Ebenen durchdringen und verstärken sich gegenseitig durch eine umfassende Beteiligung nationalstaatlicher Akteure*

---

<sup>9</sup> Ebda. 57.

*einschließlich Interessengruppen. Bei der Bevölkerung wird eine diffuse Akzeptanz, ein „permissiver consensus“ angenommen,...“<sup>10</sup>*

Durch die Beteiligung nationalstaatlicher Akteure, also direkt oder indirekt gewählter aber auch bestellter Beamter, bekommen die Institutionen eine demokratische Legitimation, in der eine „diffuse Akzeptanz“ durch die Bevölkerung angenommen beziehungsweise vorausgesetzt wird. Diese These dient somit als Gegenargument zu den oft, auch von der KPÖ, verlangten Volksabstimmungen zum Europäischen Reformvertrag, wobei die Positionsänderung der SPÖ im Sommer 2008 zu beachten sein wird.

Wessels argumentiert mit Hilfe Bessons, dass sich durch ein gemeinsames Handeln sogar eine Stärkung der einzelnen Nationalstaaten ergeben kann.

*„Die Begrenzung nationaler Souveränitäten zugunsten eines europäischen Regionalismus machte die historischen Staaten moderner und leistungsfähiger und stärkte sie so in ihrer Eigenart.“<sup>11</sup>*

Die Schwierigkeit, die sich durch die Verlagerung der Entscheidungen auf Unionsebene ergibt, zeigte sich (und zeigt sich noch) in dem Problem des Einstimmigkeit-Prinzips in vielen Bereichen. Dieses führt zu Entscheidungen, oder viel mehr Nicht-Entscheidungen, die lediglich im kurzfristigen Interesse eines einzelnen Nationalstaates stehen. Solche Verhältnisse in der Union führen zu einer Unbeweglichkeit der Gemeinschaft in vielen wichtigen Politikbereichen. Mehrheitsentscheidungen, wie im Vertrag von Lissabon in einigen Bereichen vereinbart, helfen somit der gesamten Europäischen Union zu effektiveren Ergebnissen.

*„Unter den strukturellen Gegebenheiten einer intergouvernementalen Kooperation – „einem Regime“ oder „einer Governance ohne Zentralinstanz“, sieht sich jede*

---

<sup>10</sup> Ebda. 60.

<sup>11</sup> Besson, Waldemar (1970). Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe. Piper Verlag. München. 448.

*Regierung im zwischenstaatlichen Raum vor dem Risiko, trotz aller denkbaren Vorzüge einer potentiell sinnvollen Zusammenarbeit zum eigenen relativen oder gar absoluten Schaden von anderen übervorteilt zu werden... Notwendig erscheinen Entscheidungsmodalitäten, die ein ausreichendes Maß an Verfahrenseffizienz und Instrumenteneffektivität herstellen. Konkret bedeutet dies, daß Mehrheitsabstimmungen und eine eigenständige Rolle supranationaler Organe... in einem aufgeklärten Interesse der beteiligten Staaten sind... Erneut drängt das Interesse von Regierungen und Verwaltungen auf eine Überwindung jenes staatlichen Bezugsrahmens, zu dessen Kernelementen sie selbst gehören.“<sup>12</sup>*

Wie eben beschrieben sehen sich Nationalstaaten bei der Lösung einzelner europäischer Probleme immer wieder vor der Situation einer möglichen Benachteiligung in einzelnen Punkten und sehen sich so gezwungen ihre spezifischen nationalen Interessen durchzusetzen. Längerfristig führt dies jedoch zu einer dauerhaften Blockade und so zu Stillstand in eben diesen Problemfeldern beziehungsweise zu Kompromissen und Gegengeschäften zwischen den einzelnen europäischen Nationalstaaten. Eine Überwindung dieses nachhaltigen Problems ist eine zentrale Aufgabe in der Fusionsthese. Die Fusion der einzelnen Staaten könnte demnach in einem Staatengebilde „Europäische Union“ münden.

*„Dieser Fusionsprozeß in seiner Maastrichter Ausprägung kann als eine - nach der Ausbildung des Territorial-, National-, Verfassungs- und Wohlfahrtsstaates – weitere Phase in der Entwicklung des (west-)europäischen Staates verstanden werden. Der Einsatz staatlicher Handlungsinstrumente in der und durch die EG/EU ist damit ein Indikator für die weitere Evolution (west)europäischer Staatlichkeit... die Finalität des Fusionsprozesses ist zunächst als offen zu verstehen.“<sup>13</sup>*

---

<sup>12</sup> Wessels, Wolfgang (1997). Die Europäische Union der Zukunft – immer enger, weiter und ... komplexer? Die Fusionsthese. In: Europa 2020. Jäger, Thomas/ Piepschneider, Melanie (Hg.). Leske + Budrich, Opladen. Hemsbach. 58.

<sup>13</sup> Ebda. 59f.

Allerdings legitimiert sich dieser „Superstaat“, wie eine mögliche zukünftige Europäische Union nach diesem Konzept von Gegnern gerne genannt wird, nicht automatisch. Selbst verbesserte demokratische Strukturen führen nicht direkt in eine höhere Akzeptanz. Eine Demokratisierung der Strukturen kann so nur als „Investition“ in eine zukünftige Identifikation der Bevölkerung mit der Europäischen Union und ihren Institutionen gesehen werden.

*Mit den Entwicklungen zu einer Parlamentarisierung und Verstärkung rechtsstaatlich geprägter Problemverarbeitungsformen ist eine breite Akzeptanz der EG/EU jedoch nicht garantiert. Verfahren legitimieren so nicht oder nicht ausschließlich. Distanzierungseffekte sind durch prozedurale Verbesserung allein nicht aufzuheben. So wird das EP (Europäisches Parlament, Anm.) höchstens mittelfristig eine ausreichende identitätsstiftende Funktion übernehmen können.“<sup>14</sup>*

Eine Demokratisierung der Europäischen Union muss also vor der absoluten Akzeptanz durch die Bevölkerung geschehen. Da die demokratische Entwicklung dieser Union nicht von unten nach oben, also durch Revolution der Bevölkerung oder unmittelbar nach einem Krieg, sondern durch Beschlüsse der gewählten Vertreter geschieht, ist eine Identifizierung mit den Institutionen kurzfristig nicht zu erwarten. Dies führt zu der Entwicklung der Erosionsthese.

*„Mit einer derartigen Verschmelzung auch der Legitimationsquellen unterscheidet sich dieses Bild sowohl von den Vorstellungen der traditionell föderalistischen Integrationsthese, nach der die Legitimität für eine Föderation vom „europäischen Volk“ direkt ausgeht, als auch von der Sicht eines Souveränitätsverständnisses, das zwischenstaatlich angesiedelten Organisationen keine oder nur abgeleitete Legitimität zugesteht.“<sup>15</sup>*

---

<sup>14</sup> Ebda. 63.

<sup>15</sup> Wessels, Wolfgang (1992). Staat und (westeuropäische) Integration. Die Fusionsthese. In: Die Integration Europas. Kreile, Michael (Hg.). Westdeutscher Verlag. Wiesbaden. 52.

### 2.2.1 Erosionsthese

Die Fusionsthese kann so in die Erosionsthese weitergeführt werden. Diese wird in meiner Arbeit in weiterer Folge unter anderem zu Analysen von KPÖ-Forderungen, dienen. Die Entwicklung der Europäischen Union, nationale Entscheidungskompetenzen immer häufiger und verstärkt in die eigenen Institutionen zu übertragen, wird dabei als schwerer Fehler angesehen, der letzten Endes in eine Inakzeptanz der europäischen Institution durch die Bevölkerung führt. Diese führt in letzter Konsequenz zu einer „Erosion“ der europäischen Gemeinschaft.

*„In dem Entwicklungsprozeß der EG/EU werden die Transparenz der Problemverarbeitungsprozesse, die Eindeutigkeit der Verantwortungszuordnung und die Identifikationsmöglichkeiten für die Bürger in einem unzuläßlichen Maße abgebaut. Diese Tendenzen führen danach letztlich zur Auflösung des Nationalstaates und seiner Funktionen als Interaktions-, Schicksals- und Solidaritätsgemeinschaft. Die diffuse Akzeptanz ist demnach höchstens bei niedriger Relevanz der EG als einer Art „Zweckverband“ tragfähig. Spätestens seit dem Maastrichter Vertrag über die Europäische Union ist jedoch aus Sicht der Erosionsthese eine Schwelle bei der Nutzung staatlicher Instrumente überschritten, die eine andere Art der politischen Aufmerksamkeit und direkten Betroffenheit ausgelöst hat und auch – normativ argumentiert – auslösen sollte.“<sup>16</sup>*

Hier wird argumentiert, dass die Übertragung zahlreicher früherer nationalstaatlicher Kompetenzen auf die europäische Ebene zu einer Delegitimierung der Europäischen Union führt. Die „diffuse Akzeptanz“ der Fusionsthese wird bestritten und führt so zur Erosion. Allerdings begründet sich diese Erosion nicht - oder nicht ausschließlich - auf Fehlentwicklungen der Union, sondern wird stark durch die Schwäche nationaler Politik befördert, die oft die Europäische Union als Schuldigen an Problemen bezeichnet, oder die Tendenz zu dieser Annahme innerhalb der Bevölkerung zumindest nicht bekämpft.

---

<sup>16</sup> Wessels, Wolfgang (1997). Die Europäische Union der Zukunft – immer enger, weiter und ... komplexer? Die Fusionsthese. In: Europa 2020. Jäger, Thomas/ Piepschneider, Melanie (Hg.). Leske + Budrich, Opladen. Hemsbach. 61.

*„Dabei wurde die EU vom „Leitbild zum Feindbild“, das als Sündenbock für vielerlei Fehlentwicklungen und Krisen herangezogen wurde. Eine allgemeine – nicht primär EG/EU bezogene – Erosion der Unterstützung für den Staat... wirkt sich so direkt – etwa bei Volksabstimmungen... bzw. indirekt durch den politischen Vertrauensschwund auf Effizienz, Effektivität und Legitimität der EU aus. Wirtschaftliche Fehlentwicklungen schlagen unmittelbar auf die Einstellung zur EU durch.*

*Die bei der Fusionsthese beobachtete Diffusion von Verantwortlichkeiten wirkt sich so umgekehrt aus – nicht von Brüssel zur heimatlichen Basis, sondern von nationalen Fehlentwicklungen zur EU.“<sup>17</sup>*

Nationale Staaten und deren Akteure sind einerseits also nicht schuldlos an der ablehnenden Haltung vieler europäischer Bürger gegenüber der Europäischen Union, andererseits oft sogar froh auf diese ihre Probleme abschieben zu können. Fehlentwicklungen der nationalen Politik werden durch Regierungen der Europäischen Union zur Last gelegt, während populistische Oppositionsparteien die Gemeinschaft als Feindbild identifizieren. Nicht nur die Parteien suchen und identifizieren die Europäische Union als Schuldigen für Missstände, auch die Bevölkerung lässt sich, wie ich weiter unten zeigen werde, leicht auf diese Beschuldigungen ein. Die Erosionsthese sieht das Problem des Ebenendilemmas.

*„Das Ebenendilemma besteht somit darin, daß staatliche Organe zur allgemeinen Stabilisierung ihres politischen Systems wesentliche Elemente des (geschlossenen) parlamentarischen Verfassungsstaates selbst aushöhlen (müssen).“<sup>18</sup>*

Folgen wir der Argumentation der Fusionsthese und ihrer „diffusen Akzeptanz“ durch die Bevölkerung, so bedeutet die negative Einstellung zu Institutionen der Europäischen

---

<sup>17</sup> Ebda. 65.

<sup>18</sup> Wessels, Wolfgang (1992). Staat und (westeuropäische) Integration. Die Fusionsthese. In: Die Integration Europas. Kreile, Michael (Hg.). Westdeutscher Verlag. Wiesbaden. 43.

Union, welche aus Kritik zu nationalstaatlichen Akteuren oder Problemen entsteht, dass eine direkte Demokratisierung der Europäischen Union, weg vom Einfluss der einzelnen Nationen, notwendig ist. Ziel muss demnach eine Stärkung europäischer Politik sein, um die nationalen Unzulänglichkeiten zu überwinden und in weiterer Folge die Legitimation der Europäischen Union und ihrer Strukturen zu erhöhen, wobei auf eine ausgewogene Handlungsweise, auch in Hinsicht folgender Erweiterungen der Union bedacht zu nehmen ist.

*„Die Lehren aus den Diskussionen um die Fusionsthese machen zudem deutlich, daß manche Option – z.B. erweitern, ohne vertiefen – wenig erfolgversprechend ist.“<sup>19</sup>*

Hier schließt die Erosionsthese den Kreis, bedeutet Vertiefung doch ein Ausweiten von Unions-Kompetenzen sowie eine Demokratisierung. Somit zeigt sich, dass eine „Erosion“ der Europäischen Union lediglich durch Reformschritte wie beispielsweise eine demokratische Weiterentwicklung zum Vertrag von Lissabon verhindert werden kann. Wessels der sich bei seiner Analyse noch auf den Maastrichter Vertrag beziehen musste, schrieb dazu:

*„die „Meßlatte“ für den Legitimitätstest des Maastrichter Vertrages kann dabei nicht mehr die Doktrin des „geschlossenen National und Verfassungsstaates“ als wieder zu erreichendem Idealzustand sein; dagegen spricht das erwähnte Ebenendilemma...“<sup>20</sup>*

Es ergibt sich daher die Schlussfolgerung, dass aus der Notwendigkeit einer supranationalen Politik zur Befriedigung der Interessen der Menschen in Europa und der demokratischen Strukturen der einzelnen Mitgliedstaaten die grundsätzliche Legitimität der Europäischen Union gegeben, jedoch eine Demokratisierung der Institutionen

---

<sup>19</sup> Wessels, Wolfgang (1997). Die Europäische Union der Zukunft – immer enger, weiter und ... komplexer? Die Fusionsthese. In: Europa 2020. Jäger, Thomas/ Piepschneider, Melanie (Hg.). Leske + Budrich, Opladen. Hemsbach. 78.

<sup>20</sup> Ebda. 62.

notwendig ist. Wie diese Europäische Union aus österreichisch-marxistischer Sicht aussehen sollte wird sich im Laufe dieser Arbeit zeigen.



### 3. Der Reformvertrag

Der Reformvertrag, oder „Vertrag von Lissabon“, stellt den zuletzt getätigten großen Schritt der Integration dar. Die Auseinandersetzung mit den Argumenten der Befürworter, aber auch Gegner, ist daher ein wichtiger Schritt, um die politische Relevanz der Argumente der beiden marxistischen Parteien KPÖ und SPÖ zu verstehen. Um eine prinzipielle Einsicht in die Sichtweisen der Gegner und Befürworter des Verfassungsvertrags zu erhalten, werde ich einen Blick auf die Abstimmung vom 29.5.2005 über den „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ in Frankreich werfen, welche wohl die größte „Umfrage“ zu diesem Text war. Dabei sehe ich mir die Argumente von beiden Seiten genau an, umso die „Bürgernähe“ der Parteien besser beurteilen zu können. Für meine Arbeit ist ein derartiges Datenmaterial sehr hilfreich, zeigt es doch die Einstellung der Bevölkerung nach intensiver Debatte über Vor- und Nachteile und ermöglicht so einen objektiveren Blick auf die Einstellung innerhalb der Bevölkerung.

*„42 Millionen Franzosen waren am Sonntag aufgerufen, über die Ratifizierung des europäischen Verfassungsvertrages zu entscheiden.“<sup>21</sup>*

---

<sup>21</sup> Franzosen lehnen EU-Verfassung ab. In: <http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/referendum-franzosen-lehnen-eu-verfassung-ab-1231472.html>. 25.5.2006

Dabei wurde der Entwurf der „Verfassung“, bei einer Beteiligung von etwa 70 Prozent, bekanntermaßen abgelehnt.

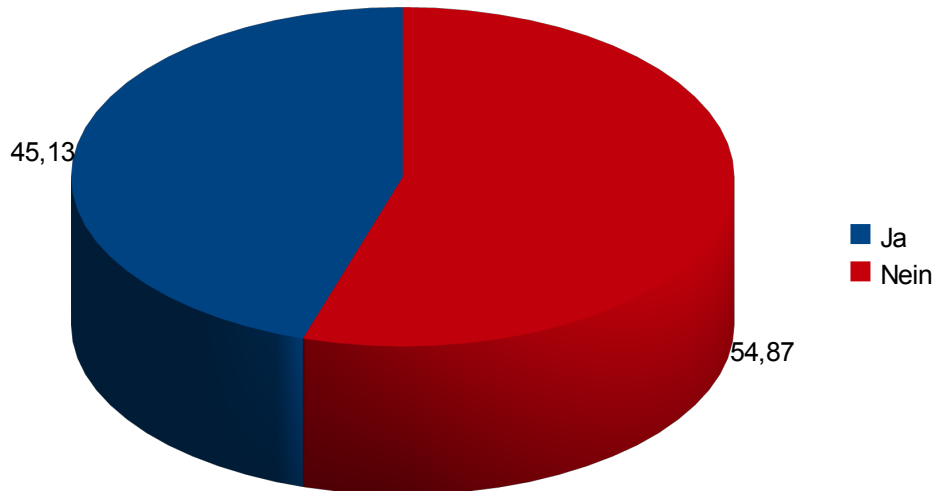


Abbildung 1: Stimmen in Prozent

Der derzeit in Kraft befindliche Vertrag von Lissabon stellt eine laut Kritikern, aber auch Befürwortern, nicht stark abgeänderte Form dieser abgelehnten „Verfassung“ dar.

*„Der "Vertrag von Lissabon" übernimmt die wesentlichen inhaltlichen Fortschritte des Verfassungsvertrags, baut aber auf der Struktur der bestehenden Verträge auf.“<sup>22</sup>*

Der Bezug zu Frankreich findet hier statt um die Argumente und die Beweggründe allgemein festzustellen. Ich werde Argumente der Umfrage behandeln um eine begründete Analyse von Argumenten vorzulegen. Der Frankreichbezug wird hier auf wenige Seiten beschränkt und nur auf Grund der Tatsache hier eine fundierte Aussage von Meinungen vorliegen zu haben, stattfinden.

---

<sup>22</sup> Vertrag von Lissabon. Der lange Weg zum neuen EU-Reformvertrag. In: [http://www.lpb-bw.de/vertrag\\_von\\_lissabon.html](http://www.lpb-bw.de/vertrag_von_lissabon.html). 21.12.2011

### 3.1 Argumente der Befürworter des Reformvertrags

Nach der negativen Abstimmung in Frankreich gab es eine Umfrage unter 3.355 Personen. Diese zeigt die Beweggründe des Stimmverhaltens.

Die Umfrage hilft bei der Auswahl einiger Argumente. In weiterer Folge werde ich diese beleuchten und erhoffe mir dadurch einen besseren Einblick in deren Sichtweise zu geben.

Die untenstehende detaillierte Tabelle zeigt einen Einblick in die Motivation des Abstimmungsverhaltens. So sieht man die Präferenzen der Parteigänger, das Mittel aller Parteigänger aber auch die Motivation der Gesamtwählerschaft. Interessant für uns ist dabei die Spalte „Ensemble“, die die Gewichtung innerhalb des gesamten Polls zeigt:

Les motivations du « Oui » (Motivation für die „Ja“-Stimmen)

	<b>Ensemble</b> %	PS %	Verts %	UDF %	UMP %	Proche d'aucun parti %
Cette constitution renforcera le poids de l'Europe par rapport aux Etats-Unis et à la Chine	<b>64</b>	<b>65</b>	63	64	<b>65</b>	59
Une constitution est nécessaire pour assurer le fonctionnement de l'Europe à 25	<b>44</b>	47	47	<b>49</b>	42	42
Une victoire du Non affaiblirait le poids de la France en Europe	<b>43</b>	36	35	39	<b>51</b>	38
Une victoire du Non remettrait en question la poursuite de la construction européenne	<b>34</b>	34	<b>36</b>	<b>36</b>	33	22
La constitution est une étape historique dans le processus	<b>28</b>	29	<b>42</b>	30	26	32

vers une Europe politique						
La constitution représente une avancée sur le plan de l'Europe sociale	<b>26</b>	<b>31</b>	22	21	24	29
Cette constitution présente des avancées importantes par rapport aux traités précédents	<b>25</b>	25	18	<b>31</b>	24	<b>31</b>
Le bilan de la construction européenne est positif pour la France	<b>19</b>	18	<b>20</b>	<b>20</b>	19	19
Ne se prononce pas	<b>3</b>	3	2	2	3	<b>8</b>

23

Auf den ersten Blick erkennt man, dass eine Mehrfachnennung möglich war, aber auch, dass es durchaus unterschiedliche Beweggründe gab. Lediglich 3% der Befürworter konnten oder wollten keinen der oben angeführten Gründe angeben. Übersetzt zeigt diese Tabelle folgende Motivation für ein positives Stimmverhalten:

1. Stärkung der europäischen Position gegenüber USA und China 64%
2. Wichtiges Instrument zur Funktion eines geeinten Europas (in diesem Fall „Europa der 25“) 44%
3. Gegengewicht zu „Nein“-Sager um Position Frankreichs innerhalb von Europa nicht zu gefährden 43%
4. Befürchtung, dass bei einem „Nein“ die Weiterentwicklung Europas in Frage gestellt wird 34%
5. Historischer Schritt zu einem politischen Europa 28%
6. Ein Fortschritt zu einem sozialen Europa 26%
7. Wichtige Weiterentwicklung bisheriger Verträge 25%
8. Mögliche positive Auswirkungen auf Frankreich 19%
9. Keine Begründung 3%

<sup>23</sup> <http://www.ipsos.fr/ipsos-public-affairs/sondages/referendum-29-mai-2005-sondage-sorti-urnes#04>. 25.06.2006.

Zur besseren Analyse fasse ich diese Beweggründe in drei Gruppen zusammen:

1. Beweggründe der europäischen Außenpolitik (1., 5., 7.)
2. Beweggründe der europäischen Innenpolitik (2., 4., 5., 6., 7.)
3. Nationale Beweggründe (3., 8.)

Klar muss dabei bleiben, dass ein Argument nicht immer losgelöst von den anderen betrachtet werden kann beziehungsweise nicht so einfach dieser oder jener Gruppe zugeordnet werden kann. Zur besseren Analyse unterteile ich die Argumente jedoch in die Gruppe welcher ihrer Ausprägung am stärksten entspricht, wobei ich zwei (5., 7.) der angegebenen Beweggründe mehr als einer Gruppe zugewiesen habe.

Allerdings zeigen diese Gruppen, dass es durchaus national bewegte Gründe für ein positives Abstimmungsverhalten gibt. Immerhin haben 43 Prozent der Befragten auch aus Angst vor Gesichtsverlust gegenüber den europäischen Partnern für „ja“ gestimmt. Noch knapp davor kommt ein zwiespältiges Argument: Das Funktionieren Europas (44 Prozent) bezieht sich sowohl auf Innen- als auch auf Außenpolitik. Das stärkste alleinige innenpolitische Argument kommt auf 44 Prozent. Das stärkste Argument ist außenpolitischer Natur. 64 Prozent der Befragten gaben an positiv abgestimmt zu haben, um die Position Europas gegenüber den Hauptkonkurrenten USA und China nicht zu schwächen.

Zur Berechnung der Stärke der Gruppe ziehe ich folgende Formel heran: Summe der Prozentanteile der zwei stärksten Argumente der Gruppe dividiert durch zwei. Das ergibt folgende Reihung:

1. Beweggründe der europäischen Außenpolitik (46 Punkte)
2. Beweggründe der europäischen Innenpolitik (36 Punkte)
3. Nationale Beweggründe (31 Punkte)

Hier zeigt sich, dass vor allem die außenpolitische Argumentation starken Einfluss hat. Es ist zu sehen, dass die Angst vor einer Vormachtstellung der USA und Chinas das Hauptargument der Befürworter darstellt. Die möglichen innenpolitischen Auswirkungen sowohl auf Frankreich als auch auf die europäische Union halten sich in etwa die Waage.

### 3.2 Argumente der Gegner des Reformvertrags

Dieselbe Studie, wie unter 3.1 untersuchte ebenfalls die Beweggründe für ein negatives Stimmverhalten. Auch hier ist die Spalte “Ensemble” die für uns ausschlaggebende.

Les motivations du « Non » (Motivation für die „Nein“-Stimmen)

	<b>Ensemble</b> %	PCF %	PS %	Verts %	UDF %	UMP %	S/T FN-MN %	Proche d'aucu n parti %
Vous êtes mécontent de la situation économique et sociale actuelle en France	<b>52</b>	57	54	59	<b>63</b>	40	54	40
La constitution est trop libérale sur le plan économique	<b>40</b>	<b>57</b>	49	50	30	35	18	45
Cela permettra de renégocier une meilleure constitution	<b>39</b>	44	47	<b>55</b>	38	48	17	36
C'est l'occasion de s'opposer à l'entrée de la Turquie dans l'Union européenne	<b>35</b>	23	26	16	44	<b>56</b>	<b>56</b>	37
Cette constitution représente une menace pour l'identité de la France	<b>32</b>	20	22	22	40	38	<b>44</b>	36
Vous souhaitez manifester votre mécontentement à l'égard de la classe politique en général	<b>31</b>	29	31	31	31	26	26	<b>40</b>
Le bilan de la	<b>27</b>	26	25	27	<b>32</b>	27	29	24

construction européenne est négatif pour la France								
C'est l'occasion de s'opposer au gouvernement et à Jacques Chirac	<b>24</b>	22	26	15	23	11	<b>38</b>	19
Ne se prononce pas	<b>2</b>	2	2	2	-	2	<b>3</b>	<b>3</b>

24

Auch hier ist zu erkennen, dass eine Mehrfachnennung möglich war. Außerdem zeigen sich auch bei den Gegnern der "Verfassung" durchaus unterschiedliche Motive. Lediglich 2 Prozent der Befragten Gegner konnten keine Angabe zu einem Beweggrund für ihr Abstimmungsverhalten geben. Übersetzt zeigt diese Tabelle folgende Motivation für ein negatives Stimmverhalten:

1. Unzufriedenheit mit sozialer und wirtschaftlicher Situation in Frankreich 52%
2. Ablehnung einer wirtschaftlich zu liberalen EU-Verfassung 40%
3. Möglichkeit einer Neuverhandlung der EU-Verfassung 39%
4. Verhinderung des Türkeibeitritts 35%
5. Gefährdung der französischen Identität 32%
6. Unzufriedenheit mit der politischen Klasse im Allgemeinen 31%
7. Mögliche negative Auswirkungen auf Frankreich 27%
8. Unzufriedenheit mit Jacques Chirac und seiner Regierung 24%
9. Keine Begründung 2%

Hier wähle ich dasselbe Vorgehen wie unter 3.1 und teile diese Argumente in drei verschiedene Gruppen:

1. Nationale Beweggründe (1., 5., 6., 7., 8.)
2. Beweggründe der europäischen Innenpolitik (2., 3.)

---

<sup>24</sup> Ebda.



### 3. Beweggründe der europäischen Außenpolitik (4.)

Hier zeigt sich ein starkes Übergewicht von nationalen Beweggründen für ein negatives Abstimmungsverhalten. Von acht Nennungen sind fünf auf nationale Interessen zurück zu führen. Bei einer konsequenten Anwendung der selben Formel, wie unter 3.1 ergibt sich folgendes Bild:

1. Nationale Beweggründe (42 Punkte)
2. Beweggründe der europäischen Innenpolitik (39,50 Punkte)
3. Beweggründe der europäischen Außenpolitik (11,67 Punkte)

Durch den Divisor (2) zeigt sich hier ein noch stärkeres Ungleichgewicht als bei den Befürwortern. Allerdings schlägt das Pendel hier zugunsten der nationalen Beweggründe aus. Aufgrund der wenigen Nennungen in den beiden anderen Gruppen zeigt sich eine ausschlaggebende Differenz zur Gruppe der nationalen Argumente. Dies bestätigt den Eindruck, den der erste Blick vermittelt: Eine geringe Auswirkung von europäischen Argumenten.

Es ergibt sich der Schluss, dass durchwegs stark national geprägte Interessen den negativen Ausgang des Referendums erwirkt haben.

### **3.3 Analyse der Argumente**

Eine kurze Analyse der Argumente bietet sich an, um so die wichtigsten Argumente der von mir behandelten Parteien zu filtern. Wir werden sehen, dass einige der Motive die wichtigsten Anliegen der Parteien KPÖ und SPÖ streifen bzw. sogar deckungsgleich wiedergeben.

Die 3 von mir definierten Gruppen werden dabei zur Erarbeitung der Themen dienen. Das außenpolitische Argument gegen einen Türkei-Beitritt lässt Schlüsse auf fiskal- aber auch militärpolitische Befürchtungen zu, während die nationalen und innereuropäischen Motive vor allem wirtschafts- und sozialpolitische Beweggründe nahelegen.

Ich erhoffe mir grundlegende Anstöße für die vorliegende Arbeit, wobei ich die Motive der innereuropäischen und der nationalen Beweggründe zusammenfassend behandeln werde.

### 3.3.1 Außenpolitische Beweggründe

*„Als das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Türkei am 12.09.1963 abgeschlossen wurde, erhob kein Mitglied der EWG Einwände unter Bezug auf die Römischen Verträge von 1957, in denen ausdrücklich bestimmt worden war, dass nur europäische Länder Mitglied werden könnten.“<sup>25</sup>*

Der mögliche Türkei-Beitritt hat in der Realität wenig mit dem Verfassungstext zu tun. Hier ist die Motivation der persönlichen Ablehnung eines solchen Beitritts durch negatives Stimmverhalten Ausdruck zu verleihen, augenscheinlich. Dennoch handle ich dieses Thema kurz ab und betrachte einige Argumente, welche den Verfassungstext streifen.

Bei den Wählern scheinen die Gegenargumente eines möglichen Beitritts stark verankert zu sein. Angst besteht beispielsweise vor den finanziellen Folgen eines solchen Beitritts.

*Ohne den Solidaritätsbeitrag der Regional- und Strukturpolitik ist die zentrale Zielsetzung EU-Europas, eine "immer engere Union" der Völker Europas zu erreichen, hinfällig. Die Türkei aber würde in großem Maße Anspruch auf diese Fördergelder erheben können, ohne substantiell zum EU-Budget beizutragen. Die finanzielle Überlastung der EU durch einen Türkei-Beitritt steht somit außer Frage.<sup>26</sup>*

Die mögliche finanzielle Belastung der Europäischen Union und Ihrer Mitglieder ist derzeit nicht von der Hand zu weisen. Eine weitere Verknüpfung zu den Argumenten der Wähler stellt sich hier in der Angst vor einer möglichen Beistandsverpflichtung her.

---

<sup>25</sup> Steinbach, Udo (2006). Probleme der geografischen, kulturellen und politischen Grenzziehung. In: [http://www.bpb.de/themen/2K6KOM,0,0,Probleme\\_der\\_geografischen\\_kulturellen\\_und\\_politischen\\_Grenzziehung.html](http://www.bpb.de/themen/2K6KOM,0,0,Probleme_der_geografischen_kulturellen_und_politischen_Grenzziehung.html). 17.05.2007.

<sup>26</sup> Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2006). Überlastet ein Türkei-Beitritt die EU?. In: [http://www.bpb.de/themen/80VDVN,0,0,%DCberlastet\\_ein\\_T%FCrkeiBeitritt\\_die\\_EU.html](http://www.bpb.de/themen/80VDVN,0,0,%DCberlastet_ein_T%FCrkeiBeitritt_die_EU.html). 17.06.2006

*„Dies relativiert sich allerdings dadurch, dass eine Beistandsverpflichtung für die meisten EU-Mitgliedstaaten bereits über den NATO-Vertrag auch gegenüber dem NATO-Mitglied Türkei gegeben ist.“<sup>27</sup>*

Bekanntermaßen ist Österreich kein Mitglied der NATO. Damit zeigt sich, dass das Risiko einer Beistandsverpflichtung für Österreich ungleich höher ist, als für die meisten EU-Mitglieder. Die KPÖ sieht im Reformvertrag tatsächlich einen Vertrag zur militärischen Aufrüstung und generell eine Entwicklung der EU hin zu einer Hegemonialmacht, welche militärische Mittel als legitimen Weg zur Konfliktlösung ansieht.

Der Beitritt der Türkei würde die Europäische Union tatsächlich nicht nur fiskal- und außen- sondern auch innenpolitisch stark unter Druck setzen.

*„Nach den neuen Regeln des Verfassungsvertrags, der bis dahin wohl in seinen wichtigsten Aspekten umgesetzt sein wird, kommen Mehrheitsentscheide dann zustande, wenn 55 % der EU-Staaten, die 65 % der EU-Bevölkerung repräsentieren, zustimmen. Der Türkei käme somit die gewichtigste Rolle im EU-Entscheidungsprozess zu.“<sup>28</sup>*

Die Angst der Gegner scheint vor diesem Hintergrund durchwegs rational begründet. Ein Beitritt der Türkei zur EU würde in diesem System die Entscheidungskraft der einzelnen Staaten schwer beeinträchtigen.

Da sich die vorliegende Arbeit mit dem Reformvertrag beschäftigt, sehen wir uns die Skepsis gegenüber einem möglichen Beitritt aus der Sicht dieses Vertrages an. Wie wir in weiterer Folge sehen werden enthält dieser Stellen zur Rüstungs- und Militärpolitik. Wie oben gezeigt beeinflusst der Vertrag von Lissabon einen möglichen Beitritt der Türkei

---

<sup>27</sup> Marchetti, Andreas (2006). Beitrittsperspektive stellt zweifelhafte EU-Politiken in Zweifel. In: [http://www.bpb.de/themen/1AP4XW,0,0,Beitrittsperspektive\\_stellt\\_zweifelhafte\\_EUPolitiken\\_in\\_Frage.html](http://www.bpb.de/themen/1AP4XW,0,0,Beitrittsperspektive_stellt_zweifelhafte_EUPolitiken_in_Frage.html). 19.06.2006

<sup>28</sup> Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2006). Überlastet ein Türkei-Beitritt die EU?. In: [http://www.bpb.de/themen/80VDVN,0,0,%DCberlastet\\_ein\\_T%FCrkeiBeitritt\\_die\\_EU.html](http://www.bpb.de/themen/80VDVN,0,0,%DCberlastet_ein_T%FCrkeiBeitritt_die_EU.html). 17.06.2006

zur Europäischen Union nicht. Ich filtere daher aus diesem Argument die militärische Komponente und werde diese in weiterer Folge analysieren. Dieses Vorgehen scheint mir in Anbetracht der Argumentationslinie vor allem der KPÖ gegen den Vertrag als sinnvoll. Wie ich zeigen werde, ist für die kommunistische Partei das Argument der militärischen Aufrüstung mit höchster Priorität zu sehen.

### 3.3.2 Innenpolitische sowie nationale Beweggründe

Die nationalen und innenpolitischen Beweggründe für eine negative Einstellung gegenüber der Union lassen sich auf eine Unzufriedenheit mit der Wirtschaft- bzw. Sozialpolitik des eigenen Landes bezeichnen. Umgekehrt sind die Befürworter davon überzeugt, dass eine stärkere Integration positive Auswirkungen auch auf die soziale Gerechtigkeit hat.

Die Verantwortung bei der Europäischen Union zu suchen scheint dabei eher schwer nachzuvollziehen, ist Sozialpolitik doch keine primäre Kompetenz der Union. Dieser Umstand führt zu Kritik durch die KPÖ. Die Befürworter sehen dabei in der Integration die Möglichkeit dies zu ändern, was den Argumenten der SPÖ in die Hände spielt.

*„Die eigentliche Sozialpolitik gehört nicht zu den Kompetenzen der Europäischen Union. Ihre Aufgabe ist es lediglich, die Mitgliedstaaten auf einigen Feldern der Beschäftigungs- und Sozialpolitik zu unterstützen.“<sup>29</sup>*

Die Sozialpolitik der europäischen Union findet dennoch eine Regelung in ihren Verträgen. Titel X des Vertrags von Lissabon behandelt dabei die soziale Verantwortung der EU.

*„Die Union und die Mitgliedstaaten verfolgen eingedenk der sozialen Grundrechte, wie sie in der am 18. Oktober 1961 in Turin unterzeichneten Europäischen Sozialcharta und in der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer von 1989 festgelegt sind, folgende Ziele: die Förderung der Beschäftigung, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, um dadurch auf dem Wege des Fortschritts ihre Angleichung zu ermöglichen, einen angemessenen sozialen Schutz, den sozialen Dialog, die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials im Hinblick auf ein dauerhaft hohes Beschäftigungsniveau und die Bekämpfung von Ausgrenzungen.“*

---

<sup>29</sup> Stratenschulte, Eckhart (2010). Sozialpolitik. In: <http://www.bpb.de/themen/Y6GGKK,0,0,Sozialpolitik.html>. 17.12.2011

*Zu diesem Zweck führen die Union und die Mitgliedstaaten Maßnahmen durch, die der Vielfalt der einzelstaatlichen Gepflogenheiten, insbesondere in den vertraglichen Beziehungen, sowie der Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der Union zu erhalten, Rechnung tragen.<sup>30</sup>*

Festhalten lässt sich, dass auf europäischer Ebene trotz aller Kritik gewisse soziale Mindeststandards vorhanden sind. So gibt es zum Beispiel Regelungen gegen Diskriminierung, zum Gesundheitsschutz und zum Ruhestand. Die Ruhestandsregelung stellt beispielsweise sicher, dass ein innerhalb der Europäischen Union erworbener Anspruch in jedem Land der EU gelten muss.

Für meine Arbeit leite ich hier die Argumente aus wirtschaftlicher und sozialer Sicht ab. In Anbetracht der Wichtigkeit für beide Parteien, KPÖ und SPÖ, halte ich dieses Vorgehen für die vorliegende Arbeit für sinnvoll.

---

<sup>30</sup> Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Konsolidierte Fassung). Titel X. Artikel 151.

## **4. KPÖ und die Europäische Union**

In diesem Teil meiner Arbeit werde ich die Standpunkte der „Kommunistischen Partei Österreichs“ darstellen und analysieren. Meine These einer weitgehenden Ablehnung der Europäischen Union durch die KPÖ im Allgemeinen wird dabei zu prüfen sein.

### **4.1 Reflexartige Ablehnung der Europäischen Union auf Grund der eigenen Geschichte?**

Vorweg: Der Titel dieses Kapitels, der gleichzeitig als eine provokante Frage formuliert ist, ist auf Grund meiner Recherche durch die ich zu dem Schluss gekommen bin, dass zumindest die offiziellen Stellungnahmen in der Wahl- und Politikplattform nicht auf einen solchen Reflex schließen lassen, zu verneinen. Zumindest die offizielle, als Richtlinie für die Mitglieder zu verstehende Politische Plattform versucht eindeutig einen Abschluss mit der Geschichte.

Die ablehnende Haltung der KPÖ gegenüber der Europäischen Union und insbesondere der Europäischen Verfassung scheint, wie ich unten noch zeigen werde, daher aus Sicht der KPÖ durchaus realpolitisch argumentiert. Dennoch lässt sich nicht leugnen, dass es gewisse Kräfte in der Partei gibt, die nach wie vor als Anhänger der sowjetischen Politik bezeichnet werden können. Allerdings sind die Gegner der „dogmatischen Sowjetanhänger“ durchaus in der Überzahl. So konnte spätestens am 33. Parteitag der KPÖ im Dezember 2004 mit dem Beschluss der Politischen Plattform, diese Gruppierung zurückgedrängt werden und eine neue „Linie“ der Partei gefunden werden.

*„In diesem Sinne - Gemeinsames herauszuarbeiten und unterschiedliche Auffassungen zu respektieren - hat der Bundesvorstand vor den letzten beiden Parteitag versucht, programmatische Grundlagen zur Diskussion zu stellen. Alle diese Versuche wurden seitens einer Minderheit in der Partei, die sich fraktionell organisierte, boykottiert. Ganz offensichtlich verstehen diese Kräfte in der KPÖ die Programmdebatte vor allem als ein Mittel, um der Partei ihre dogmatischen*



*Auffassungen aufzuzwingen. Für sie ist die programmatische Debatte Teil des fraktionellen Machtkampfes.“<sup>31</sup>*

Wobei nicht nur die Ablehnung des „Sowjetdogmas“ eine wichtige Rolle spielt, sondern ebenfalls eine pluralistische Sicht des politischen Systems ermöglicht werden soll. Die Partei will sich als Sammelbecken kapitalismuskritischer Menschen verstehen. Kommunismus wird dabei nicht als ideologisches Gesamtkonzept gesehen, das lediglich dogmatisch funktionieren soll, sondern als Weg zu einer neuen, besseren Gesellschaft in der Solidarität und soziales Engagement die grundlegenden Werte darstellen.

*„In dieser Äußerung, die sich im ersten von Karl Marx und Friedrich Engels zum Selbstverständnis verfassten Gemeinschaftswerk findet, ist vor allem der Auftrag an alle ihre NachfolgerInnen enthalten, den Kommunismus nicht als Dogma, sondern als Gegenstand ständiger Überprüfung und Erneuerung zu verstehen bzw. zu handhaben. Wer heute an den „wirklichen Bewegungen gegen die gegenwärtigen Zustände“ teilnimmt, wird feststellen, dass in ihnen eine Vielfalt von Standpunkten und Meinungen besteht, die die objektiven Unterschiede in den Erfahrungen widerspiegelt. Diese Meinungsvielfalt findet sich auch in unserer Partei. Trotz der Meinungsunterschiede geht es aber auf allen Ebenen der Politik um die Herstellung einer praktischen Einheit des politischen Handelns.“<sup>32</sup>*

Dabei bezieht sich die Politische Plattform der KPÖ auf ein Zitat aus den Marx-Engels-Werken, das Kommunismus nicht als ein starres Konzept sehen möchte, sondern als eine Methode wie gesellschaftliche Veränderung gelebt werden soll.

*„Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben [wird]. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.“<sup>33</sup>*

---

<sup>31</sup> Politische Plattform der KPÖ. Beschlossen am 33. Parteitag der KPÖ (Dez. 2004). Vorbemerkung.

<sup>32</sup> Ebda.

<sup>33</sup> Feuerbach, Ludwig. Gegensatz von materialistischer und idealistischer Anschauung. In: Marx/Engels Gesamtausgabe, Deutsche Ideologie, Erste Abteilung Band 5, I. Feuerbach. Marx-Engels-Verlag. Berlin. 1932. 25.

Auf Grund der angeführten Punkte komme ich zu dem Schluss, dass sich die Partei als Gemeinschaft sieht, die die Gesellschaft Österreichs, aber auch Europas verändern und solidarisieren möchte. Ein geschichtlicher Aspekt in der Ablehnung der Europäischen Union ist somit höchstens in marxistischer Tradition und Sicht der Welt zu verstehen, nicht aber in einer politischen Sowjetanhängerschaft oder dogmatischen Geschichtsauffassung.

## 4.2 Europäischer Reformvertrag von Lissabon (Die Europäische Verfassung)

Aus Sicht der KPÖ ist der Reformvertrag eine Festschreibung von Machtstrukturen, Kapitalismus und militärischer Aufrüstung. Deshalb wurde nicht nur im Nationalratswahlkampf 2006 und 2008 dieses Thema negativ dargestellt. Es wurde dabei nicht lediglich eine Volksabstimmung über die Ratifizierung der Verfassung verlangt, so wie es andere oppositionelle Parteien, und seit 2008 auch die SPÖ bei allen weiteren Vertragsänderungen bzw. ---einführungen, fordern, sondern der völlige Verzicht auf eine solche Verfassung oder eine radikale Änderung.

*„Für ein anderes Europa, keine Neuauflage der neoliberalen, militaristischen, und die massiven Demokratiedefizite festschreibende EU-Verfassung. Eine neue Verfassung muss sich an den, im Sozialforumsprozess erarbeiteten Grundlagen für ein anderes Europa orientieren. Sie muss radikal demokratisch sein, sie darf die neoliberale Wirtschaftspolitik nicht in den Verfassungsrang heben und muss einen Ausstieg aus dem Rüstungswahnsinn beinhalten.“<sup>34</sup>*

*„Vor allem das in der EU zusammengefasste kapitalistische Europa drängt immer mehr darauf, seinen eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen Geltung zu verschaffen. In der letzten Konsequenz läuft das Projekt der EU – als Herrenhaus, als Festung, als Europa der Konzerne - darauf hinaus eine Supermacht zu werden, die der USA als „gleichberechtigter Partner“ an die Seite, aber auch als globaler Rivale entgegen treten kann.“<sup>35</sup>*

Das Verständnis der KPÖ von Kommunismus wurde unter 4.1 bereits geklärt. Betrachtet man die Interpretation von Integration laut Isensee scheint diese Ablehnung den Zielen der KPÖ zu widersprechen.

---

<sup>34</sup> KPÖ-Parteikonferenz(2006). Es gibt eine Alternative. Wahlplattform der KPÖ zur Nationalratswahl 1. Juli 2006 in Wien.

<sup>35</sup> Politische Plattform der KPÖ. Beschlossen am 33. Parteitag der KPÖ (Dez. 2004). III. Gegen den Krieg.

*„Integration ist schöpferische Evolution des Staates“<sup>36</sup>*

Für die KPÖ jedoch ist klar, dass diese Europäische Union niemals eine Verfassung hätte erarbeiten oder gar beschließen können, die den angeführten Kritikpunkten aus Sicht der Partei hätte standhalten können.

*„In der Perspektive des Internationalismus sehen wir auch die Europapolitik der KPÖ. Im Zentrum einer europapolitischen Alternative steht der Kampf um eine demokratische und soziale Integration Europas, anstelle der imperialistischen Machtentfaltung der EU. Daher lehnen wir den Regierungsentwurf für eine EU-Verfassung mit einem „Linken Nein“ ab. „Linkes Nein“ heißt, dass wir demokratische und soziale Alternativen zur kapitalistischen neoliberalen Integration entwickeln und uns von nationalistischer und rassistischer Demagogie scharf abgrenzen.“<sup>37</sup>*

Jäger/Piepenschneider sehen als Problemlösung für dieses von der KPÖ angesprochene Demokratiedefizit eine wesentliche Stärkung des Europäischen Parlaments, wie es der Vertrag von Lissabon darstellt.

*„...bieten sich zwei Wege an: Der erste wäre, daß das Europäische Parlament neben dem Ministerrat gleichberechtigtes Legislativorgan würde. So könnte... eine direkte demokratische Legitimationskette hergestellt werden.“<sup>38</sup>*

Dieser Prozess ist klarerweise noch nicht vollzogen, doch entwickelt sich die Europäische Union dank des Vertrages von Lissabon in diese Richtung.

---

<sup>36</sup> Isensee, Josef (1995). Staat und Verfassung. In: Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hg.). C.F. Müller Verlag. 1987. 630.

<sup>37</sup> Politische Plattform der KPÖ. Beschlossen am 33. Parteitag der KPÖ (Dez. 2004) XIV. Internationalismus - ein Kern kommunistischer Politik.

<sup>38</sup>Jäger, Thomas/Piepenschneider, Melanie (1997). Unterschiedliche Interessen, ein Ziel? Thesen zur Aufhebung unterschiedlicher Interessenprofile in der Europäischen Union. In: Europa 2020. Jäger, Thomas/ Piepenschneider, Melanie (Hg.). Leske + Budrich, Opladen. Hemsbach. 160.

*„-Stärkung der gesetzgebenden Gewalt: das ordentliche Gesetzgebungsverfahren, bei dem das Parlament über die gleichen Befugnisse verfügt wie der Rat, wird auf neue Politikbereiche ausgedehnt;*

*-stärkere Rolle auf internationaler Ebene: das Parlament muss allen internationalen Abkommen in den Bereichen zustimmen, die dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren unterliegen;*

*-Stärkung der Haushaltsbefugnisse: das Parlament ist von nun an bei der Annahme des jährlichen Haushaltsplans mit dem Rat gleichberechtigt.“<sup>39</sup>*

In welcher Form sich die KPÖ jedoch unter den gegebenen Machtstrukturen realpolitisch eine Beteiligung vorstellt ist schwer zu erkennen. Ohne europäische Verfassung bleibt Minderheiten weiterhin eine Beteiligung an den Entscheidungsprozessen der Union so gut wie verwehrt. Eine Stärkung linker Kräfte in den nationalen Parlamenten, wie nach Piepschneider/Jäger scheint aus heutiger Sicht unrealistisch, zumal nach dem momentanen System die Linke eine maximale Zahl an Regierungen in den europäischen Staaten erobern müsste.

*Der zweite Weg wäre, die nationalen Parlamente in ihren Befugnissen zu stärken. Dies kann... eine nachträgliche Absegnung von Entscheidungen im Ministerrat durch die nationalen Parlamente [sein].“<sup>40</sup>*

*„Darüber hinaus stärkt der Lissabon-Vertrag die Rolle der nationalen Parlamente in der EU. Diese können ebenfalls die Interessen der Unionsbürgerinnen und -bürger verteidigen. Denn die nationalen Parlamente müssen künftig über die vorschriftsmäßige Anwendung des Subsidiaritätsprinzips wachen. Zu diesem Zweck*

---

<sup>39</sup> [http://europa.eu/legislation\\_summaries/institutional\\_affairs/treaties/lisbon\\_treaty/ai0021\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/institutional_affairs/treaties/lisbon_treaty/ai0021_de.htm). Die Stärkung der europäischen Demokratie. 03.01.2012

<sup>40</sup> Jäger, Thomas/Piepschneider, Melanie (1997). Unterschiedliche Interessen, ein Ziel? Thesen zur Aufhebung unterschiedlicher Interessenprofile in der Europäischen Union. In: Europa 2020. Jäger, Thomas/ Piepschneider, Melanie (Hg.). Leske + Budrich, Opladen. Hemsbach. 160.

*können sie in das ordentliche Gesetzgebungsverfahren eingreifen und verfügen über das Recht, den Gerichtshof der EU anzurufen.“<sup>41</sup>*

Eine starke linke Opposition in einem gestärkten Europäischen Parlament scheint leichter verwirklichtbar. Diese Stärkung des Parlaments scheint durch den Vertrag von Lissabon gesichert. So hat das Parlament durch die Europäische Verfassung garantierte Mitspracherechte und wird dem Rat als gesetzgebendes Organ gleich gestellt. Die Entscheidung über den jährlichen Haushalt wird mit dem europäischen Parlament getroffen, die Zusammenstellung der Kommission sowie internationale Abkommen benötigen die Zustimmung des Parlaments. Außerdem ist ein Misstrauensantrag gegen die Kommission möglich, womit diese geschlossen zurück zu treten hat.<sup>42</sup>

Jedoch kann dieser Fortschritt die Entwicklung nicht abgeschlossen haben. Eine weitere Demokratisierung scheint logisch, möchte die Union auch weiterhin ihre Legitimation erhalten.

*„An der forcierten Parlamentarisierung der europäischen Legitimationswege führt jedoch kein Weg vorbei.“<sup>43</sup>*

---

<sup>41</sup> [http://europa.eu/legislation\\_summaries/institutional\\_affairs/treaties/lisbon\\_treaty/ai0021\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/institutional_affairs/treaties/lisbon_treaty/ai0021_de.htm). Die Stärkung der europäischen Demokratie. 03.01.2012.

<sup>42</sup> <http://www.bka.gv.at/site/5831/default.aspx>. Stärkung des europäischen Parlaments. 5.12.2007

<sup>43</sup> Jäger, Thomas/Piepenschneider, Melanie (1997). Unterschiedliche Interessen, ein Ziel? Thesen zur Aufhebung unterschiedlicher Interessenprofile in der Europäischen Union. In: Europa 2020. Jäger, Thomas/ Piepenschneider, Melanie (Hg.). Leske + Budrich, Opladen. Hemsbach. 161.

#### 4.2.1 Militärische Bereiche im Reformvertrag

*„...Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern...“<sup>44</sup>*

Wie erwähnt ist der Vertrag von Lissabon aus Sicht der KPÖ eine militaristische Verfassung. Das Argument der SPÖ, sie sei eine „Verfassung des Friedens“ lässt sie nicht gelten. Die Verfassung würde kriegerische Auseinandersetzungen außerhalb Europas bzw. der Europäischen Union zu einem neuen Mittel der EU-Politik machen.

*„Der vorliegende Verfassungsvertrag definiert Sicherheit für Europa vorwiegend als militärische Stärke. Friedenspolitische Zielvorstellungen, die sich durchaus im Vertrag finden, werden im Gegensatz zu den militärpolitischen Zielstellungen nicht annähernd vergleichbar in konkrete Verpflichtungen umgesetzt.“<sup>45</sup>*

Diese Verbesserung des militärischen Potentials ist aus Sicht der KPÖ eine klare Verpflichtung zu militärischer Aufrüstung.

*„Die „Verteidigungspolitik“ der EU geht in zunehmendem Masse in Richtung von Kriegseinsätzen außerhalb der EU. Darüber hinaus fehlen die Mittel in wichtigen Bereichen wie Sozialpolitik, Bildung und Gesundheitswesen. In der Stellungnahme der KPÖ wird darauf hingewiesen, dass in der vorläufig gescheiterten EU-Verfassung sowohl eine Aufrüstungsverpflichtung der EU-Mitgliedsländer als auch die Bildung einer Europäischen Rüstungsagentur geplant ist.“<sup>46</sup>*

*„Diese Verfassung enthält keine Verpflichtung zum Frieden wohl aber Bestimmungen zur Militarisierung, Aufrüstung und gegenseitigen militärischen Beistand. Es wird sowohl die enge Kooperation mit der Nato als auch einem*

---

<sup>44</sup> Vertrag über die Europäische Union (Konsolidierte Fassung). Abschnitt 2. Artikel 42. Absatz 3.

<sup>45</sup> Gehrcke, Wolfgang (2004). Europäische Verfassungskonferenz der Partei der Europäischen Linken. Rom. 24. Oktober 2004. In: Europäische Verfassung - Aufrüstung, Kriegseinsätze.

<sup>46</sup> <http://www.kpoenet.at/lpd/4332.html>. KPÖ-Kommunikation. 28.04.2006. KPÖ-/Europäischer Rüstungsmarkt/Stellungnahme. 05. Jänner 2008.

*militarisierten und hochgerüsteten Europa eine eigenständige Rolle für weltweite Interventionspolitik festgeschrieben.*<sup>47</sup>

Diese Schlussfolgerung bezieht sich auf einige wenige, dafür umso bemerkenswertere Artikel der Europäischen Verfassung, die im Vertrag von Lissabon weiterhin vorhanden sind.

*„... sowie Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten. Mit allen diesen Missionen kann zur Bekämpfung des Terrorismus beigetragen werden, unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittländer bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet.*<sup>48</sup>

Eben diese Kampfeinsätze beweisen aus Sicht der Kommunistischen Partei, dass die Aufrüstung in letzter Konsequenz in kriegerische Auseinandersetzungen führt und somit kontraproduktiv für ein Friedensprojekt Europa ist. Aus Sicht der Linken ist eine Platzierung in der politischen Landschaft Europas als Anti-Kriegs-Linke die beste Strategie um die Bevölkerung zu erreichen.

*„Zugespitzt: Die Linke muss eine Anti-Kriegs-Linke sein, oder sie ist nicht links. Liebe Genossinnen und Genossen, ich schlage euch vor, dass die Partei der Europäischen Linken eine Kampagne in den EU-Mitgliedsstaaten gegen den vorliegenden Verfassungsentwurf startet.*<sup>49</sup>

Die KPÖ ist als Mitglied der Partei der Europäischen Linken somit im Einklang mit der restlichen Linken Europas.

---

<sup>47</sup> <http://alte.kpoe.at/bund/aktuell/eu-verfassung-kpoe.html>. Ein Nein zur EU-Verfassung aus linker Perspektive – Gegen eine neoliberale militaristische Grundlage Europas. 05.11.2007.

<sup>48</sup> Vertrag über die Europäische Union (konsolidierte Fassung). Abschnitt 2 Artikel 43 Absatz 1.

<sup>49</sup> Gehrcke, Wolfgang (2004). Europäische Verfassungskonferenz der Partei der Europäischen Linken. Rom. 24. Oktober 2004. In: Europäische Verfassung - Aufrüstung, Kriegseinsätze.



*„Die Aufnahme einer Verpflichtung zur Aufrüstung in eine Verfassung ist einzigartig in der europäischen Verfassungsgeschichte. Militärische Aufrüstung und Kooperation soll zu einem Mittel der europäischen Integration werden. Damit sind die Weichen darauf gestellt, dass die EU sich zu einem eigenen Militärblock entwickeln kann und die europäische Einigung militärisch geprägt wird. Ein Verfassungsentwurf, der ein anderes Europa im Blick hat, müsste hingegen sich zur friedlichen Konfliktlösung bekennen, dafür verbindlich Mittel und Mechanismen vereinbaren und Abrüstung als ein Ziel der Gemeinschaft vereinbaren.“<sup>50</sup>*

In diesem Kapitel zeigt sich die grundlegend ablehnende Haltung der KPÖ deutlich. Dennoch ist diese Ablehnung durchaus politisch argumentiert. Als pazifistische Partei sieht sie ein Gewaltpotential in der Verfassung, das tatsächlich vorhanden zu sein scheint.

*„Was ist das Problem?(der griechischen Verteidigungspolitik, Anm.) Das Verhältnis zur Türkei. Für Griechenland gibt es mit der Mitgliedschaft in der EU eine europäische Verteidigungsgarantie. Da braucht es nicht solch eine (griechische, Anm.) Armee.“<sup>51</sup>*

Der Grünpolitiker Cohn-Bendit liefert mit dieser Aussage der KPÖ, als Befürworter des Reformvertrages vermutlich ungewollt, Unterstützung in der Annahme die Europäische Union versuche zu einer militärischen Hegemonialmacht zu wachsen.

Zum Abschluss dieses Kapitels sei auf das Argument der Sachlogik sowie die Fusionsthese verwiesen die besagen, dass Strukturen, Institutionen und somit auch eine Europäische Union einem ständigen, wenn auch oft langsamen, Wandel unterliegen. Die Ablehnung der Europäischen Verfassung bzw. des Reformvertrags kann so, einem Zitat von Norbert Elias folgend, als unbeabsichtigte Gegenwehr zu einem vereinten und auf lange Sicht pazifistischen Europa gesehen werden.

---

<sup>50</sup> Ebda.

<sup>51</sup> Cohn-Bendit, Daniel (2010). In: Der Standard. "Ich habe die Faxen von Österreich dicke. 16.2.2010.

*„Aber die Tatsache, daß in unseren Tagen, genau, wie früher, die Verflechtungszwänge zu solchen Auseinandersetzungen, zur Bildung von Gewaltmonopolen über größere Teile der Erde und damit, durch alle Schrecken und Kämpfe, zu deren Pazifizierung weiterdrängen, ist deutlich genug. Und man sieht, wie gesagt, hinter den Spannungen der Erdteile, und zum Teil in sie verwoben, bereits die Spannungen der nächsten Stufe auftauchen. Man sieht die ersten Umriss eines erdumfassenden Spannungssystems von Staatenbünden, von überstaatlichen Einheiten verschiedener Art, Vorspiele von Ausscheidungs- und Vormachtkämpfen über die ganze Erde hin, Voraussetzung für die Bildung eines irdischen Gewaltmonopols, eines Zentralinstituts der Erde und damit auch für deren Pazifizierung.“<sup>52</sup>*

---

<sup>52</sup> Elias, Norbert (1997). Über den Prozeß der Zivilisation. Suhrkamp. Amsterdam. 462f.

#### 4.2.2 Sozial- und Wirtschaftspolitische Kritik

Aus Sicht der KPÖ schreibt die Europäische Verfassung neoliberale Konzepte und somit den Kapitalismus fest. Eine Aufwertung des Kapitalismus in Verfassungsrang und sei es „lediglich“ auf europäischer Ebene, ist für die KPÖ naturgegebener Maßen inakzeptabel, weshalb eine Ablehnung des Reformvertrages eine logische Konsequenz ergibt.

*„Der Sicherung der Interessen von Konzernen und Superreichen dient auch die geplante EU-Verfassung für ein „Europa der Konzerne“, für die militärische „Supermacht Europa“. Die Parlamentsparteien haben gemeinsam dafür gestimmt und eine Volksabstimmung darüber abgelehnt.“<sup>53</sup>*

Die KPÖ sieht in der Europäischen Union eine Fortsetzung und Festschreibung der kapitalistischen Logik. Der Vertrag von Lissabon wird damit als ein Vertrag gesehen, der den Konzernen und damit dem Kapital hilft ihre Macht festzuschreiben und sogar zu vergrößern. Damit ist der Verfassungsvertrag ein Mosaikstein in der Durchsetzung kapitalistischer Hegemonialbestrebungen, wobei die schon behandelten militärischen Bestrebungen ein Mittel darstellen um diese zu untermauern.

*In der „neuen Weltordnung“, die von der globalen Führungsmacht des Kapitalismus - der USA - mit Feuer und Schwert durchgesetzt wird, erweitern sich diese „klassischen“ Formen der kolonialen Ausbeutung: Neue Akteure der kapitalistischen Weltordnung sind neben die Staaten getreten. Das sind einerseits transnationale Konzerne, unter ihnen solche, deren Umsätze die Wirtschaftskraft vieler kapitalistischer Staaten übertreffen; diese haben gemeinsam mit den ihnen verbundenen Staaten ein ihre Macht absicherndes Regelwerk internationaler Verträge durchgesetzt. Internationaler Währungsfonds, Weltbank, WTO und regionale kapitalistische Integrationsgebilde wie die EU entwickelten sich derart zu neuen Schaltzentralen der weltweiten kapitalistischen Ausbeutung. Die*

---

<sup>53</sup> KPÖ-Parteikonferenz(2006). Es gibt eine Alternative. Wahlplattform der KPÖ zur Nationalratswahl 2006. Umverteilung nach oben. 1.07.2006. Wien.

*nationalen bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen werden damit zu Erfüllungsgehilfen des in- und ausländischen Kapitals.<sup>54</sup>*

Dieses Argument wird durch Hallstein, dem Schöpfer der Sachlogik, bestätigt. Er unterstreicht dabei das marktwirtschaftliche Prinzip und sieht dieses als endgültiges System dessen Bewahrung höchstes Gebot ist.

*„Auch werden bei der Zusammenfassung die Inhalte der einzelnen nationalen Elemente natürlich verändert, und zwar im Ganzen genommen in der Richtung stärkerer marktwirtschaftlicher Orientierung. Denn das Grundgesetz der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, ihre „Philosophie“, ist klar marktwirtschaftlich.“<sup>55</sup>*

Dieses Argument scheint auf den ersten Blick logischerweise den Zielen der KPÖ zuwiderzulaufen.

*„EU und Großkonzerne haben ganz klare Ziele: Sozialstaat und geregelte Beschäftigung werden unter der irreführenden Losung der „Sicherung des Wirtschaftsstandortes“ zurückgedrängt, damit die Profite stimmen. Die KPÖ setzt sich daher für demokratische und soziale Alternativen zu diesem Wirtschaftsblock ein, der eine immer stärkere militärische Rolle spielen will. Das Eintreten für die Neutralität Österreichs hat Zukunft.“<sup>56</sup>*

Als Gegenpol zu einem kapitalistischen Europa sieht die KPÖ ihre Bewegung und die Integration anderer „antikapitalistischer“ Bewegungen in ihre Gemeinschaft und sucht nach Alternativen zur Europäischen Union.

---

<sup>54</sup> Politische Plattform der KPÖ. Beschlossen am 33. Parteitag der KPÖ (Dez. 2004). II/3 Besonderheiten des neoliberalen Kapitalismus.

<sup>55</sup> Hallstein, Walter (1975). Die Europäische Gemeinschaft. Econ Verlag. Düsseldorf/Wien. 1979. 28.

<sup>56</sup> KPÖ-Parteikonferenz(2006). Geben statt nehmen. Wahlauf Ruf der KPÖ zur Nationalratswahl 2006. 1.07.2006. Wien.

*„Wir wollen in Österreich und international dem Kapitalismus Schranken setzen und die Macht des Kapitals zurückdrängen.“<sup>57</sup>*

Mit ihren strengen fiskalpolitischen Regelungen hat die Europäische Union, laut KPÖ, zudem der Zentralisierung von Politik Vorschub geleistet. Durch die Schwächung von Gemeinden und dem Subsidiaritätsprinzip wurde damit den basisdemokratischen Zielsetzungen der KPÖ ein weiteres Hindernis entgegengestellt.

*„Ihre anwachsenden Schulden und der Stabilitätspakt der EU ziehen die Gemeinden immer tiefer in die Krise.“<sup>58</sup>*

*„Die Gemeinden werden durch die EU-konforme Budgetpolitik finanziell immer mehr ausgehungert. Während die Konzerne immer weniger Steuern zahlen, werden die Haushalte durch laufende Tarif- und Gebührenerhöhungen zur Kasse gebeten. Durch die Budgetauflagen wächst auch der Druck, Ausgliederung und Privatisierung öffentlichen Eigentums vor allem im kommunalen Bereich vorzunehmen. Nutznießer sind private Spekulanten, den Schaden haben letztlich die GemeindegängerInnen.“<sup>59</sup>*

Auf Grund aller dieser Kritikpunkte sieht die KPÖ die Europäische Union nicht als eine Möglichkeit die derzeitigen Verhältnisse zu verändern. Durch eine radikale Ablehnung der Europäischen Union im Allgemeinen erhofft sich die Partei eine Chance auch auf Verbesserungen im sozialen Gefüge der Gesellschaft Österreichs, aber auch Europas.

*„Die EU ist nicht die Antwort auf die Globalisierung, sondern ein Teil derselben. Europafeindlich ist nicht, wer diese Entwicklung der EU kritisiert, sondern jene,*

---

<sup>57</sup> Ebda.

<sup>58</sup> Politische Plattform der KPÖ. Beschlossen am 33. Parteitag der KPÖ (Dez. 2004). VIII. Lokal handeln.

<sup>59</sup> Kral, Franz - KPÖ-Gemeinderat in Krems. Folder: Es ist genug für alle da. KPÖ. Drechslergasse 42, 1140 Wien. 2006.

*welche für diese Entwicklung und Strukturen verantwortlich sind. Die KPÖ steht für ein anderes, solidarisches Europa.*”<sup>60</sup>

Dem ist Hallstein entgegenzuhalten, der trotz seiner Betonung marktwirtschaftlicher Prinzipien, ein Gebilde niemals als starr und endgültig ansieht.

*„Staaten sind Menschenwerk. Sie bleiben dem Gebot unterworfen, dem Menschen zu dienen. Es ist ein Verstoß gegen Moral und Vernunft, sie zu Götzen zu machen. Sie sind nicht gefeit gegen Entwicklung und Veränderung. Wo solche Veränderung notwendig wird, um das gemeinsame Leben der Menschen besser zu ordnen, ist sie anzuerkennen, zu begrüßen, zu fördern.“*<sup>61</sup>

Dieses Argument Hallsteins könnte für die KPÖ zu einer wichtigen Entwicklung führen. Dank der Verschmelzung der Wirtschaften kommt es laut Hallstein nämlich zu einer Auflösung der Nationalstaaten.

*„Je mehr der Gemeinsame Markt fortschreitet, desto weniger sind es die nationalen Volkswirtschaften, die miteinander konkurrieren, desto mehr sind es die einzelnen Unternehmungen. Das ist nur erträglich, wenn die wesentlichen Wettbewerbsbedingungen einheitlich sind. Mit andern Worten: Die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten werden verschmolzen.“*<sup>62</sup>

Dieses „Verschmelzen“ der Staaten, ihrer Politik und in letzter Konsequenz der Nationen ist ein wichtiges Ziel der Partei und ist nicht außer Acht zu lassen.

*„In der Perspektive des Internationalismus sehen wir auch die Europapolitik der KPÖ. Im Zentrum einer europapolitischen Alternative steht der Kampf um eine*

---

<sup>60</sup> KPÖ-Parteikonferenz(2006). Es gibt eine Alternative. Wahlplattform der KPÖ zur Nationalratswahl 1. Juli 2006. Wien

<sup>61</sup> Hallstein, Walter (1975). Die Europäische Gemeinschaft. Econ Verlag. Düsseldorf/Wien. 1979. 16.

<sup>62</sup> Ebda.. 27.

*demokratische und soziale Integration Europas, anstelle der imperialistischen Machtentfaltung der EU.* <sup>63</sup>

Die Konkurrenz der Staaten und Nationen untereinander wird so aufgehoben und könnte langfristig zu einer Stärkung der inhaltlichen Positionen der Partei führen. Die KPÖ sieht dementsprechend ihre Chance in einer Internationalisierung Ihrer eigenen Politik und einen Zusammenschluss mit anderen antikapitalistischen Kräften.

*„Diese spezielle Art der Globalisierung wird zum einen durch politische Entscheidungen bewirkt. Dass bestimmte gesellschaftliche, soziale, umweltpolitische, kulturelle Probleme nur europäisch oder global geregelt werden können, folgt für mich daraus. Genau auf Grund dieser Einsicht ist die Entscheidung gefallen, dass die KPÖ zu den Gründungsmitgliedern der Europäischen Linken gehört. Wir wollen zu einer Kooperation sämtlicher linker und sozialer Bewegungen und Initiativen kommen, die in Richtung Transformationen des gesellschaftlichen Systems arbeiten.* <sup>64</sup>

Trotz aller Kritik am „System“ Europas hat die KPÖ Ideen dargelegt, welche Schritte zu setzen wären, um die Europäische Union auf den aus Sicht der Partei richtigen Weg zu führen.

*„Mit der Einführung einer Tobin Tax auf spekulative Kapitalbewegungen und mit der Umstellung der Bemessung der Unternehmerbeiträge zur Sozialversicherung auf Wertschöpfung ("Maschinensteuer"),... könnte viel bewegt werden.* <sup>65</sup>

---

<sup>63</sup> Politische Plattform der KPÖ. Beschlossen vom 33. Parteitag der KPÖ (Dez. 2004). XIV. Internationalismus - ein Kern kommunistischer Politik.

<sup>64</sup> Messner, Mirko (2006). Zitiert bei <http://oesterreich.orf.at/stories/139274/>. 28.09.2006.

<sup>65</sup> Messner, Mirko (2006). Zitiert bei [http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS\\_20060711\\_OTSO126&ch=politik](http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20060711_OTSO126&ch=politik). KPÖ startet BürgerInnen-Initiative "Euro-Millionenvermögen besteuern". 11.07.2006.

*"Vermögen von mehr als einer Million Euro sollen mit einer Vermögenssteuer von 5 Prozent, zweckgebunden für Existenzsicherung und Armutsbekämpfung, besteuert werden."<sup>66</sup>*

Es hat sich die radikale Ablehnung der Europäischen Union durch die KPÖ gezeigt. Diese scheint auf gewisse Weise kurzsichtig, wessen sich die kommunistische Partei letztlich auch bewusst zu sein scheint. Die Partei hat so auch Vorschläge die Europäische Union direkt zu verändern und so zu einem solidarischen und politisch sozialen Konstrukt zu formen.

Laut Fusionsthese ist Kritikern des Vertrages von Lissabon, Politikern und anderen Akteuren, die einen schnellen Integrationsprozess bevorzugen entgegenzuhalten, jeglichen Integrations Schritt nicht zu unterschätzen.

*„Ein durchgängiges Problem sind kollektive Fehlwahrnehmungen, die im Integrationsgeschehen häufig aus Enttäuschungen über das Verfehlen weitreichender Integrationsschritte entstehen. So wurden die Möglichkeiten, die die Einheitliche Europäische Akte anbot, systematisch unterschätzt – nicht zuletzt, weil Integrationsanhänger sie im Vergleich zum quasi-konstitutionellen Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments für eine Notlösung hielten...“<sup>67</sup>*

---

<sup>66</sup> Ebda.

<sup>67</sup> Wessels, Wolfgang (1997). Die Europäische Union der Zukunft – immer enger, weiter und ... komplexer? Die Fusionsthese. In: Europa 2020. Jäger, Thomas/ Piepschneider, Melanie (Hg.). Leske + Budrich, Opladen. Hemsbach. 47.



### 4.3 Europa in der Krise

Die Wirtschaftskrise mit ihrem Höhepunkt in der griechischen Staatskrise und ihrer Auswirkung auf die europäische Gemeinschaft ist Wasser auf die Mühlen der Kritik. Die KPÖ sieht sich naturgemäß bestätigt und streicht mehr denn je den Irrweg der Union heraus.

*„Die EL (Europäische Linke, Anm.) hat schon immer das bestehende Modell der EU-Konstruktion kritisiert, wonach die Institutionen und Politiken dem Primat der Interessen der herrschenden Klassen in den EU-Mitgliedsstaaten, der Finanzmärkte und der Banken untergeordnet werden und die Interessen der Menschen demgegenüber auf der Strecke bleiben.“*<sup>68</sup>

Kritik durch die europäische Linke wird 1:1 übernommen und als offizielle Linie der KPÖ veröffentlicht. Dabei wird vehement darauf verwiesen, dass soziale Probleme als weniger prioritär angesehen werden, als Probleme der Wirtschaft. Die Europäische Linke und somit die KPÖ übt scharfe Kritik an der Krisenpolitik und betont dabei genau diese Politik vorausgesehen und dabei immer kritisiert zu haben.

*„Die EL hat schon immer das bestehende Modell der EU-Konstruktion kritisiert, wonach die Institutionen und Politiken dem Primat der Interessen der herrschenden Klassen in den EU-Mitgliedsstaaten, der Finanzmärkte und der Banken untergeordnet werden und die Interessen der Menschen demgegenüber auf der Strecke bleiben... Diese Offensive breitet sich gerade in Form des Euro-Pakts und der „Economic Governance“ auf alle EU-Länder aus, mit Maßnahmen, die darauf abzielen, das Wenige, was vom Sozialstaat und den öffentlichen Dienstleistungen übrig geblieben ist, abzubauen, während Gehälter und soziale Rechte unter Druck geraten.“*<sup>69</sup>

---

<sup>68</sup> <http://www.kpoe.at/home/international/anzeige-international/article/Erklaerung-der-Europaeischen-Linken-zur-Krise-der-EU/43.html>. 28.10.2011.

<sup>69</sup> Ebda.

Die Konsequenz welche die EL zieht ist logisches Resultat meiner bisherigen Ausführungen.

*„Damit dies auch geschieht, müssten die gegenwärtigen EU-Verträge radikal dahingehend verändert werden, dass die Bedürfnisse der Menschen und die Demokratie ihre Grundlage bilden und zwar mittels Entscheidungen, die durch Volksabstimmungen ratifiziert werden, wobei das Hauptziel darin besteht, das neoliberale Modell abzulösen und die Demokratie zu sichern.“*<sup>70</sup>

Die Europäische Union scheint für die Kommunistische Partei Österreichs aber nicht mehr reformierbar und damit nicht mehr zu retten. Ein Neuanfang ist somit die letzte Möglichkeit für ein vereintes Europa:

*„Es ist Zeit für Solidarität und die Neugründung der EU: Diese wird entweder demokratisch, sozial und solidarisch sein oder sie wird untergehen.“*<sup>71</sup>

---

<sup>70</sup> Ebda.

<sup>71</sup> Ebda.

## 5. SPÖ und die Europäische Union

Meine These, dass die SPÖ der Europäische Union und ihrer Politik gegenüber prinzipiell positiv eingestellt ist, wird im Weiteren zu prüfen sein.

Die Sozialdemokratie sieht sich selbst als Vertreter der Bürger und derer Wünsche innerhalb der europäischen Union. Die Werte der SPÖ sind aus ihrer Sicht somit im Sinne der Bürger und die Europäische Union das Mittel zur Umsetzung des Ziels eines gemeinsamen politischen und sozialen Europas.

*„...die Bürgerinnen und Bürger Europas vertrauen darauf, dass die Sozialdemokratie Reformen durchführt, aber soziale Stabilität bewahrt, dass sie die Kraft zur Veränderung hat, aber das menschliche Maß nicht aus den Augen verliert; mit einem Wort, dass das Europa der Zukunft auf sozialdemokratischen Grundwerten aufbaut und in diesem Sinne auch über die Grenzen Europas hinaus wirksam wird.“<sup>72</sup>*

---

<sup>72</sup> SPÖ Das Grundsatzprogramm. Donau Forum Druck. Wien. 2.

## 5.1 Affinität zur Europäischen Union auf Grund der eigenen Geschichte?

Auch hier ist die Frage, wie schon im Abschnitt der KPÖ, provokant formuliert. Nicht ohne Grund: Die sozialdemokratische Partei hat eine lange internationale Tradition, welche schon unter Viktor Adler in Hainfeld deutlich betont wird.

*„Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich erstrebt für das gesamte Volk, ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechts, die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit...“<sup>73</sup>*

Bis heute hat sich diese Tradition in vielen Köpfen der Mitglieder, vor allem aber in der Elite und Führung der Partei, festgesetzt. Trotzdem ist die Frage nach einer reflexionslosen Anerkennung zu verneinen. Sieht man sich Grundsatz- sowie Wahlprogramme an, wird man feststellen, dass in bestimmten Punkten, etwa der Wirtschafts- und Sozialpolitik eine kritische Auseinandersetzung mit der Europäischen Union stattfindet. Es werden offenbar Gefahren, Risiken aber auch Chancen analysiert und Konsequenzen angesprochen.

*„Das Europa der Bürger ist ein Europa, das seine demokratischen Strukturen weiterentwickeln muß. Der Einigungsprozeß ist notwendigerweise mit dem Aufbau zentraler europäischer Institutionen verbunden.“<sup>74</sup>*

Es wird sich zeigen, dass ein kritischer aber ebenso pro-europäischer Kurs die Politik der SPÖ bestimmt. Dieser Umgang mit der Europäischen Union resultiert klarerweise aus der Geschichte einer Partei, führt aber nicht in eine blinde Anerkennung jeglicher Aktivitäten der EU. Für die SPÖ ist diese Europäische Union zwar der einzige logische Weg in ein friedliches Europa, ihr ist dabei jedoch klar, dass Veränderungen von Nöten sind.

---

<sup>73</sup> Prinzipienerklärung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs (1889).

<sup>74</sup> SPÖ Das Grundsatzprogramm. Donau Forum Druck. Wien. 24.

So wird sich zeigen, dass die Sozialdemokratie versucht in dem von ihr positiv beurteilten, geeinten Europa Veränderungen herbeizuführen. Das wichtigste Anliegen stellt dabei, wie schon erwähnt, die Sozialpolitik dar.

Die SPÖ sieht sich also aus der Tradition heraus als pro-europäisch, möchte die Vereinigung aber nicht am Ende sehen und ist sich diverser „Fehler“ bewusst. Wie sie damit umgeht wird die weitere Arbeit zeigen.

## 5.2 Europäischer Reformvertrag von Lissabon (Die Europäische Verfassung)

Im Gegensatz zur KPÖ sieht die SPÖ im Reformvertrag die historische Chance Machtstrukturen nachhaltig zu ändern, die schlimmsten Auswüchse des Kapitalismus zu bekämpfen und militärischer Aufrüstung entgegenzuwirken. Somit bietet die Europäische Union für die Sozialdemokratie das geeignete Instrument um sozialen sowie kulturellen Frieden herzustellen.

*„Die effektivste Gewaltprävention ist die Entwicklung Europas zu einer Zone demokratischer Rechtsstaaten. Demokratien führen in aller Regel keine Kriege gegen andere Demokratien...“<sup>75</sup>*

Auch ein mehr an sozialen und demokratischen Strukturen wird erwartet und begrüßt.

*„Es geht darum – und das ist in dem Vertrag auch enthalten –, dass die Daseinsvorsorge abgesichert wird – das, was uns allen so wichtig ist... Es gibt die Einführung von Volksbegehren. Wenn ein Volksbegehren eine Million Unterschriften hat, zum Beispiel gegen die Renaissance der Atomenergie, dann muss es die Kommission behandeln.“<sup>76</sup>*

Gusenbauer bezieht sich hier auf die Artikel 11 des Vertrags der Europäischen Union, der eine Volksinitiative bzw. ein Volksbegehren auf europäischer Union ermöglichen soll.

Für die SPÖ zeigt sich das Aufbrechen von Machtstrukturen aber unter anderem auch in der Einführung der Grundrechtscharta. Eine lange Forderung vor allem der Linken, die eine Weiterführung einer Wirtschaftsunion in eine Politik- und Sozialunion schon lange gefordert hatten, sieht die Sozialdemokratie damit als angenähert an.

---

<sup>75</sup> Ebda. 24f.

<sup>76</sup> Gusenbauer, Alfred (2008). Österreichisches Parlament. Zitiert bei <http://www.wien-konkret.at/politik/europa/verfassung/parlament/>. 09.04.2008.

*„...sondern mit der Einführung der rechtsverbindlichen Grundrechtscharta wird in Wirklichkeit die Rechtsstellung jedes einzelnen Bürgers, jeder einzelnen Bürgerin in Europa gestärkt... Jetzt geschieht es: Endlich wird auch die Europäische Union selbst Mitglied der Menschenrechtskonvention!“<sup>77</sup>*

Dabei ist den Sozialdemokraten durchaus bewusst, dass nicht alles ihren Vorstellungen eines gerechten Europas entspricht und viele Wünsche und Forderungen durch den Vertrag nicht erfüllt werden. Dieser Umstand scheint für die SPÖ aber weniger entscheidend, als das Vorankommen in oben zitierten Punkten. Diesen Fortschritt hebt der damalige Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer in seiner Rede vor dem österreichischen Parlament zur Ratifizierung heraus.

*„...denn die Wahrheit ist, dass Europa auch die Weiterentwicklung anhand von Kompromissen ist... Man muss auch zu Kompromissen in Europa stehen können, vor allem dann, wenn die Kompromisse in die richtige Richtung weisen. Und dieser Reformvertrag weist in die richtige Richtung, mit mehr Grundrechten, mit mehr Rechten für die Parlamente, mit mehr Transparenz und letztendlich mit einer gesteigerten Handlungsfähigkeit in der Welt.“<sup>78</sup>*

Bei aller Kritik an der EU steht für die SPÖ fest, dass nur durch ein Mitwirken an den Regeln und der Zukunft eine Veränderung nach dem Willen der Sozialdemokraten möglich ist.

*„Wenn man Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung haben will, muss man auch Kritik an der Europäischen Union üben, muss man Fehlentwicklungen aufzeigen, muss man aber auch Entwicklungen aufzeigen, die zugleich zu bekämpfen sind, wenn man sie nicht will, und darf sich nicht herstellen und sagen: Ich bin so klein, ich kann nichts machen! Tut mir leid, ich trete aus! – Dann bin ich noch kleiner und*

---

<sup>77</sup> Ebda.

<sup>78</sup> Ebda.

*kann noch weniger machen. Das ist keine Politik, mit der ich mich identifizieren kann*“<sup>79</sup>

Dieses eindeutige Bekenntnis zur Europäischen Union zeigt deutlich die unterschiedlichen Sichtweisen der beiden Parteien.

In Folge wird betont, dass eine Beteiligung am europäischen Projekt den einzigen Weg für die Sozialdemokratie darstellt. Eine oppositionelle Haltung kommt nicht in Frage. Dabei wird die Europäische Union und der Vertrag wie selbstverständlich als kapitalistisches Instrument in einer kapitalistischen Welt mit kapitalistischem Wettbewerb erkannt und gutgeheißen. Eine Einstellung die der KPÖ, wie oben bewiesen, nicht in den Sinn kommen würde.

*„Wenn wir Wohlstandsabsicherung betreiben wollen und wenn wir die Kraft haben wollen, mit einer Wirtschaftspolitik konkurrenzfähig zu sein – mit China, mit den Vereinigten Staaten, mit all denen, die sich in Konkurrenz mit Europa befinden –, dann müssen wir doch eher darüber nachdenken, wie wir uns besser organisieren.*“<sup>80</sup>

Unter 3.1 wurden die Motive der Befürworter bei der Abstimmung in Frankreich angeführt. Mit dem Argument der Konkurrenzfähigkeit übernimmt die SPÖ eins zu eins den stärksten dieser Beweggründe.

So sieht man es als die ureigenste Pflicht an, das Projekt EU voranzutreiben und jede notwendige Unterstützung zu geben um die Gemeinschaft zu festigen.

*„...Wir wollen ihn völlig freiwillig ratifizieren, weil wir der Meinung sind, es ist ein wichtiger, ein notwendiger und ein richtiger Schritt für Österreich und für Europa,*“<sup>81</sup>

---

<sup>79</sup> Ebda.

<sup>80</sup> Ebda.

<sup>81</sup> Ebda.



Seit dem Nationalratswahlkampf 2006 wird allerdings eine Volksabstimmung nach zukünftigen Ratifizierungen von EU-Verträgen verlangt.

*„Viele Menschen sind enttäuscht und verärgert über die geringen Fortschritte, die die EU auf dem Weg zu einer Sozialunion erreicht hat... Österreich soll sich als aktives Mitglied dafür einsetzen, dass die EU zu einer echten Sozialunion wird... Auf der Basis einer kontinuierlichen Information und einer offenen Diskussion sind wir der Meinung, dass zukünftige Vertragsänderungen, die die österreichischen Interessen berühren, durch eine Volksabstimmung in Österreich entschieden werden sollen.“<sup>82</sup>*

Hier wird ebenso mit nationalen Argumenten hantiert, wie es zwar auch von den Befürwortern beim Referendum in Frankreich der Fall war, trotzdem lässt diese nationale Argumentation auch Parallelen zu den Argumenten der Gegner zu. Gerade das Verlangen nach einer Volksabstimmung scheint hier ein Entgegenkommen für jene Wähler, die der Europäischen Union skeptisch gegenüber stehen.

---

<sup>82</sup> Gusenbauer, Alfred/ Faymann, Werner (2008). Kronen Zeitung. Zitiert bei <http://eu-forum.eu/blog/?p=36>. 28.10.2011

## 5.2.1 Militärische Bereiche im Reformvertrag

Aus Sicht der SPÖ ist die Verfassung eben das, was sie für die KPÖ nicht ist, nämlich eine „Verfassung des Friedens“. Eine Entwicklung Europas stellt für sie dabei den besten Garant für ein friedliches Europa dar. Für die Sozialdemokratie steht also fest, dass die Integration die einzige Möglichkeit eines langfristig friedlichen Europas bedeutet.

*„Nur durch den schrittweisen Aufbau eines gemeinsamen Europa können die Voraussetzungen geschaffen werden, Konflikte zwischen Staaten, aber auch zwischen ethnischen Gruppen, friedlich zu regeln.“<sup>83</sup>*

Gleichzeitig scheint den Sozialdemokraten aber auch klar, dass einer Militarisierung, aber auch anderen möglichen Tendenzen entgegenzuwirken ist. Es wird versucht diesen entgegenzutreten und klar zu stellen, dass diese Werte nicht für Österreich gelten sollen.

*„Wir lehnen daher eine automatisierte Verpflichtung zur Teilnahme an militärischen Operationen in einem Bündnis ab.“<sup>84</sup>*

Die SPÖ sieht also einerseits Möglichkeiten und Potenzial zu einer Friedensunion, scheint sich jedoch auch der Risiken eines „Imperiums“ bewusst. Dabei wird das Friedenspotential jedoch wesentlich höher eingeschätzt.

*„Gleichzeitig bietet sich aber auch die große Chance, Europa nicht nur weiter zusammenzuführen, zu einer Stabilitäts- und Friedenszone zu entwickeln, seine Wirtschaftskraft zu erhöhen, eine gemeinsame Währung aufzubauen, sondern Europa zu einer gemeinsamen Heimat der Menschen ihres friedlichen und sozial gesicherten Zusammenlebens mit gleichen Chancen zu entwickeln und somit zu einem weltweit bedeutsamen Pfeiler für Demokratie und Stabilität zu machen.“<sup>85</sup>*

---

<sup>83</sup> SPÖ Das Grundsatzprogramm. Donau Forum Druck. Wien. 24.

<sup>84</sup> Ebda. 25.

<sup>85</sup> Ebda. 2.

Aus der jüngeren Geschichte Europas wird die Notwendigkeit eines gemeinsamen Europas abgeleitet. Zusammenhalt der europäischen Staaten bedeutet für die SPÖ Frieden. Vor allem Österreich sieht die SPÖ dabei als Profiteur.

*„Wir müssen alles Interesse daran haben, dass dieses Europa funktioniert. Österreich war ehemals in einer Randlage gelegen, 50 Kilometer von uns entfernt war der Eiserne Vorhang, und wir haben quasi die wahrnehmbare Zivilisationsgrenze dargestellt. Heute ist Österreich im Zentrum dieses neuen, dieses freien Europas, und dieses Österreich profitiert mehr als viele andere Staaten in der Europäischen Union auch von der wirtschaftlichen Entwicklung.“<sup>86</sup>*

Dabei ist für die Sozialdemokratie jedoch klar, dass die Bedrohung durch Krieg und gewalttätige Bewegungen ein wesentlich geringeres Problem und Risiko in und für Europa darstellt. Für sie gehören diese Art von Auseinandersetzung der Vergangenheit an. In Fragen der Sicherheit werden neue Prioritäten gesetzt, wodurch die Frage der Militarisierung scheinbar in den Hintergrund rückt. Die Wichtigkeit, soziale Spannungen frühzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken wird mit einer wesentlich höheren Priorität eingeschätzt und mit der Sicherheitsfrage verknüpft.

*„Sicherheit in Europa bedeutet heute nicht in erster Linie militärische Sicherheit. Viele akute Bedrohungen sind nicht-militärischer Art: Ökonomische und ökologische Krisen stellen realistischere Bedrohungen dar als kriegerische Konflikte“<sup>87</sup>*

Wobei deutlich betont wird, dass nicht das populistische „Ausländer“-Thema gemeint ist. Hier sieht die SPÖ wieder entgegengesetzt zur KPÖ eine weitere Chance: Europa soll bei aller Vorsicht weltoffen bleiben.

---

<sup>86</sup> Gusenbauer, Alfred (2008). Österreichisches Parlament. Zitiert bei <http://www.wien-konkret.at/politik/europa/verfassung/parlament/>. 09.04.2008.

<sup>87</sup> SPÖ Das Grundsatzprogramm. Donau Forum Druck. Wien. 24.

*„Auch nach Vollendung des Prozesses der Erweiterung der Europäischen Union wird Europa keine Festung gegenüber anderen Völkern und Kontinenten sein, sondern dialogbereit und weltoffen.“<sup>88</sup>*

---

<sup>88</sup> Ebd. 25.

## 5.2.2 Sozial- und Wirtschaftspolitische Kritik

Die SPÖ sieht sich wie die KPÖ im Kampf für ein soziales Europa und legt darauf, wie oben gezeigt, ihren europapolitischen Schwerpunkt. Allerdings bestreitet sie diesen Weg mit der Ansicht, dass durch die Integration das Ziel eines sozialen Europas leichter zu erreichen ist. Marktwirtschaftliche Konzepte werden dabei nicht prinzipiell als diesem Ziel entgegen gerichtet betrachtet. Damit möchte sich die SPÖ einerseits sozial, andererseits aber auch wirtschaftsfreundlich, darstellen.

*„Unser Ziel in der Europapolitik ist es, das europäische Sozialmodell zu stärken und weiterzuentwickeln. Dazu ist eine neue und andere Schwerpunktsetzung nötig, die Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und soziale Sicherheit sowie die Sicherung öffentlicher Dienstleistungen als gleichrangige Ziele neben wirtschaftlicher Integration und Geldwertstabilität setzt. Für diese Neuorientierung Europas werden wir uns mit aller Kraft einsetzen.“<sup>89</sup>*

Die Wirtschaft und deren Organisation nehmen dabei einen hohen Stellenwert ein. Die beschleunigte Wirtschaft und die Abhängigkeit der Menschen verlangen neue Lösungen, auf die die Sozialdemokratie Antworten sucht.

*„Heute muß die Sozialdemokratie neue Antworten auf die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft und des Kapitals, die wachsende Abhängigkeit aller Märkte und Gesellschaften voneinander, den sich verschärfenden Wettbewerb und die beschleunigte technologische Entwicklung finden,...“<sup>90</sup>*

Eine dieser Lösungen besteht für die Sozialdemokraten in einer uralten marxistischen Forderung:

---

<sup>89</sup> Wahlmanifest der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Den Wohlstand gerecht verteilen. 20 Projekte für mehr Fairness in Österreich. Projekt 17: Ein soziales Europa als Antwort auf die Globalisierung. SPÖ. Wien. 2006.

<sup>90</sup> SPÖ Das Grundsatzprogramm. Donau Forum Druck. Wien. 1.

*„Wir bekennen uns daher zum Recht auf Arbeit.“<sup>91</sup>*

Dabei wir jedoch ein klares Bekenntnis zur derzeitigen Wirtschaftsordnung abgegeben.

*„Märkte – ihre Dynamik und Innovationsfähigkeit – leisten innerhalb definierter Rahmenbedingungen und bei fairem Wettbewerb einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Wohlstands... Ungezügelter Märkte lassen vielmehr gefährliche Kapitalkonzentration und neue Monopole entstehen. Deshalb muß dem Markt ein Rahmen gegeben ... werden.“<sup>92</sup>*

Zwar bekennt man sich hier zu einem „Rahmen“ für wirtschaftliches Gebaren, stellt aber gleichzeitig den marktwirtschaftlichen Wettbewerb als wichtigen Faktor dar. Auch hierin unterscheidet sich die sozialdemokratische Sichtweise elementar von der der KPÖ. Dies bedingt dementsprechend eine andere Haltung zur Europäischen Union. Trotzdem wird versucht eine klare Position gegen die Auswüchse der Wirtschaftsorganisation einzunehmen.

*Die Arbeitslosigkeit in Europa ist angestiegen, manche traditionelle Instrumente zu ihrer Bekämpfung verlieren ihre Wirksamkeit. Ein rücksichtsloser Neoliberalismus und ein unsozialer Neokonservatismus versuchen, aus diesen Entwicklungen dauerhafte Vorteile zugunsten der Kapitalinteressen und zu Lasten der arbeitenden Menschen zu ziehen.“<sup>93</sup>*

Diese Entwicklung wird von der SPÖ nicht akzeptiert. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit nimmt hier eine zentrale Stellung ein.

*„Arbeitslosigkeit wird von uns niemals akzeptiert werden. Sie muß auf nationaler Ebene, aber auch durch verstärkte Anstrengungen auf europäischer Ebene bekämpft werden.“<sup>94</sup>*

---

<sup>91</sup> Ebda. 1.

<sup>92</sup> Ebda. 4f.

<sup>93</sup> Ebda. 2.

<sup>94</sup> Ebda. 24.

Insgesamt versucht die SPÖ mit Verbündeten eine wirtschaftliche und soziale Veränderung der Europäischen Union herbeizuführen, wobei jedoch die Gestaltung und nicht die Ablehnung im Vordergrund stehen soll. „Fundamental“-Opposition wird dabei abgelehnt.

*„Diese Entwicklung wird nur durch eine gemeinsame politische Kraftanstrengung einer geeinten europäischen Sozialdemokratie sowie Hand in Hand mit einer geeinten europäischen Gewerkschaftsbewegung zu verwirklichen sein.“<sup>95</sup>*

---

<sup>95</sup> Ebda. 2.

### 5.3 Europa in der Krise

Die Wirtschaftskrise und die damit verknüpfte Staatskrise Griechenlands bestätigte die sozialdemokratische Partei in ihrem pro-europäischen Kurs. Schon zuvor wurde betont wie elementar die Europäische Union für die Bewältigung von zukünftigen Krisen wäre.

*„...wäre doch ein solches europäisches Sicherheitssystem und eine neue Kultur bei der Bewältigung von Konflikten ein Friedensmodell, dem sich kein europäischer Staat entziehen sollte.“<sup>96</sup>*

Wie oben gezeigt, sieht die SPÖ in wirtschaftlichen und sozialen Krisen die wirkliche Gefahr für den Frieden und sieht sich ebenso wie die KPÖ durch die derzeitige Krise bestätigt.

Zur Bewältigung dieser Krise ist die Sozialdemokratie zu einem extremen Schritt bereit, der auf den ersten Blick als anti-europäischer Kurs wahrgenommen werden kann.

*"Der Austritt aus der Eurozone ist dann eine Möglichkeit, wenn Griechenland die Bedingungen nicht erfüllt und die Reformen nicht umsetzen kann"<sup>97</sup>*

Dies bedeutet aber keine Abkehr von europäischen Grundsätzen. Solche Forderungen konnte man im gesamten pro-europäischen Spektrum vernehmen und ist mit einem pro-europäischen Verhalten der Griechen verknüpft.

*“Die österreichische Bundesregierung steht zum Euro-Sicherheitsschirm für Griechenland. Für Bundeskanzler Werner Faymann steht jedoch fest, dass Athen den dafür gestellten Bedingungen (von EU und IWF, Anm.) nachkommen muss.“<sup>98</sup>*

---

<sup>96</sup> Ebda. 25.

<sup>97</sup> Faymann, Werner (2011). In: Die Presse. „Faymann schliesst Austritt der Griechen nicht aus“. 05.11.2011

<sup>98</sup> <http://www.spoe.at/faymann-zu-griechenland.html>. 20.12.2011.



Zudem steht Faymann damit im Einklang mit führenden Kräften innerhalb der Europäischen Union und trägt damit zu einem einheitlichen Auftreten der Gemeinschaft in einer der heikelsten innereuropäischen Fragen bei.

*"Wir wünschen uns, dass Griechenland im Euro-Raum bleibt", erklärte Merkel. Aber wenn Griechenland sage, "das möchten wir nicht, dann werden wir das respektieren"<sup>99</sup>*

Einer populistischen Forderung, nämlich dem Ruf nach einer Volksabstimmung über die Politik mit Griechenland erklärt die SPÖ eine klare Absage. Weiterhin wird aber der 2008 vollzogene Schwenk zu Abstimmungen nicht ausgeschlossen.

*"Ich bin grundsätzlich nicht gegen Referenden. Eine Volksabstimmung soll es aber dann geben, wenn es zu wesentlichen Änderungen der bestehenden EU-Verträge kommt. Das steht bei Griechenland nicht zu Diskussion."<sup>100</sup>*

In weiterer Folge bekennt sich die Sozialdemokratie in Form ihres Vorsitzenden, Werner Faymann, zu Griechenland und plädiert im Gleichklang mit führenden Persönlichkeiten der Europäischen Union für einen „Schuldenschnitt“.

*„Ich bin ein klarer Befürworter eines Schuldenschnitts für Griechenland. Aber nur unter der Bedingung, dass sich der Bankensektor viel stärker beteiligt als bisher. Bisher liegt die Beteiligung der Banken bei 20 %, meiner Meinung nach muss sie in Richtung 50 % steigen. Dann ist ein Schuldenschnitt für Griechenland leistbar.“<sup>101</sup>*

---

<sup>99</sup> <http://www.mmnews.de/index.php/wirtschaft/8800-merkel-will-gr-euro-austriit-respektieren>. 20.12.2011.

<sup>100</sup> Faymann, Werner (2011). In: Die Presse. „Faymann schliesst Austritt der Griechen nicht aus“. 05.11.2011

<sup>101</sup> Faymann, Werner (2011). In: Österreich. „Schuldenschnitt für Griechen“. 22.10.2011.

Diese Vorgehensweise nimmt Kritikern Luft aus den Segeln. Argumentiert wird hier aber nicht pro-europäisch sondern pro-österreichisch, also national.

*„Es gibt dazu ja in Wahrheit nur eine Alternative – und die heißt Insolvenz. Das bedeutet Kosten von vielen hundert Milliarden, einen Zusammenbruch des Exports, der ja gerade für uns Österreicher den Wohlstand sichert.“<sup>102</sup>*

Die Sozialdemokratie befindet sich auch hier völlig auf Linie der europäischen Partner und scheint auch hier ein Musterknabe in pro-europäischem Verhalten darzustellen.

---

<sup>102</sup> Ebd.

## 6. Überschneidungen und Differenzen

Hier wird ein Überblick bzw. eine Analyse der Differenzen aber auch der Überschneidungen der beiden betrachteten Parteien gegeben. Bei der Herausarbeitung der Sichtweise und Politik von SPÖ und KPÖ ist besonders die unterschiedliche Radikalität aufgefallen. So sieht die Sozialdemokratie den Weg in Kooperation, während die Kommunisten radikale Ablehnung der vorhandenen Strukturen und oppositionelles Aufzeigen von „Fehlern“ im System bevorzugen. So weit ist das keine große Überraschung, dennoch stellt sich dabei die Frage, in wie weit SPÖ oder KPÖ dabei von der marxistischen Idee geleitet sind bzw. von ihr abrücken.

Das Feuerbach-Zitat über das Wesen des Kommunismus unter 4.1 zeigt wie nicht nur Marx und Engels Kommunismus verstanden haben, sondern auch wie die KPÖ ihn für sich selbst bezeichnet. Dieses Zitat nimmt die SPÖ zumindest im Zusammenhang mit der Europäischen Union offenbar ernster. Wobei hier häufig kein Wille zur Veränderung, sondern ein konformes Mitgehen im allgemeinen Konsens an der Tagesordnung zu sein scheint.

Unterstützt wird das Vorgehen der KPÖ durch die Erosionsthese. Sollte sich die Europäische Union tatsächlich in Auflösung befinden, kann sich die kommunistische Partei auf ihren bisherigen Standpunkt berufen und somit glaubwürdig die „andere Kraft“ vertreten. Eine „Zerstörung“ der Union und somit ein Neubeginn würden der Linken in Europa zumindest theoretisch die Möglichkeit einer Stärkung bringen.

Die Stärke der nationalen Beweggründe zeigt die Überschneidung mit der Erosionsthese. Es scheint als würden die Gegner des Reformvertrages direkt die Argumente der Erosionsthese untermauern, während die Befürworter die weitere Integration als wichtiges Argument sehen und damit direkt zur Untermauerung der Fusionsthese dienen. So zeigt sich auch hier eine „Diffusion“, scheinen doch beide Theorien zutreffend. Die Bevölkerung ist in ihrer Sichtweise genauso geteilt wie die beiden Thesen oder die beiden marxistischen Parteien KPÖ und SPÖ.

## 6.1 Europäischer Reformvertrag

### 6.1.1 Militärische Bereiche im Reformvertrag

Hier kommt es zu unterschiedlichen Betrachtungsweisen. Sieht die KPÖ die Militarisierungsschritte als Gefahr für den globalen Frieden, so betont die SPÖ die positiven Auswirkungen auf den Frieden in Europa. Für die SPÖ rückt damit ein anderes Spannungsfeld in den Vordergrund: Die soziale Sicherheit, die für sie durch die EU gesichert scheint.

Es zeigt sich, dass das militärische Thema von der Sozialdemokratie in den Hintergrund gerückt wird, während die KPÖ offensiv auf dieses Thema zugeht. Es gibt durchaus Bereiche im Vertrag die die Kritik der Kommunistischen Partei als berechtigt erscheinen lassen. So werden die Staaten aufgefordert, ihren militärischen Apparat nach bestimmten Kriterien aufzubauen.

*„...einer möglichst weit gehenden Angleichung ihres Verteidigungsinstrumentariums, indem sie insbesondere die Ermittlung des militärischen Bedarfs harmonisieren, ihre Verteidigungsmittel und -fähigkeiten gemeinsam nutzen und gegebenenfalls spezialisieren sowie die Zusammenarbeit auf den Gebieten Ausbildung und Logistik stärken;...“<sup>103</sup>*

Der Grünpolitiker Cohn-Bendit reagiert mit folgender Aussage auf den Vorwurf, die europäische Union würde rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Politik immer stärkere Argumente liefern und somit befördern. Tatsächlich scheint zumindest in der europäischen Politik ein Friedensprozess eingetreten zu sein.

*„Berichterstatterin war eine Spanierin. Noch dazu von der rechten Fraktion, ihr Vater war bei Franco, also eigentlich eine Rechte und sie verteidigte eine Vorstellung der Fischerei der Spanier. Ich staunte: Von ganz links bis ganz rechts*

---

<sup>103</sup> Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Konsolidierte Fassung). Protokoll (Nr 10). Artikel 2. Absatz b)

*waren alle Spanier hinter der Berichterstatteerin der Spanier... Antwortete ein Franzose, links, und sagt: „Das ist alles Unsinn“ und entwickelte warum die französische Konzeption der Fischerei die richtige sei... Von ganz links bis ganz rechts alle waren hinter diesem linken Franzosen... vor hundert Jahren hätten sie die Armada geschickt gegen die französische Marine. So wäre das Problem gelöst worden!“<sup>104</sup>*

---

<sup>104</sup> Cohn-Bendit, Daniel (2008). In: Europa und der Stier. Spur XV. Europas Entscheidung. Peter Huemer im Gespräch mit Daniel Cohn-Bendit.

## 6.1.2 Sozial- und Wirtschaftspolitische Kritik

Die SPÖ scheint einige marxistische Ideale nicht für sich in Anspruch zu nehmen beziehungsweise sogar über Bord zu werfen. So gibt es ein eindeutiges Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft.

*„Funktionierende Märkte und fairer Wettbewerb leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Wohlstands durch ihren Zwang zu effizienter und preiswerter Erbringung von Leistungen und Gütern im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher.“<sup>105</sup>*

Aber auch zu einer differenzierten Entlohnung von Arbeit, also Erwerbsarbeit wird im Programm der SPÖ ein eindeutiges Bekenntnis abgegeben.

*„Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten daher für das Recht auf **Erwerbsarbeit** für alle ein.“<sup>106</sup>*

*„In diesem Sinne akzeptieren wir Einkommensunterschiede, die durch besondere Leistung, Belastung oder Verantwortung begründet werden.“<sup>107</sup>*

Die Frage die sich hier stellt: Ist ein so großes Abgehen von den ursprünglichen Idealen eine Möglichkeit diesen zum Durchbruch zu verhelfen? Die Sozialdemokratie sieht in Europa jedenfalls die Möglichkeit die Gesellschaft nach den eigenen Vorstellungen zu verändern. Als Beweisführer für die Sozialdemokraten, dass dieses Vorhaben zumindest in den wichtigsten Politikbereichen funktioniert, führe ich den grünen Politiker Cohn-Bendit an:

---

<sup>105</sup> SPÖ Das Grundsatzprogramm. Donau Forum Druck. Wien. 7.

<sup>106</sup> Ebda. 5.

<sup>107</sup> Ebda. 7.

*„Bevor es Europa gab, gab es einen ganz aggressiven Nationalismus, nämlich den Deutschen und wie ist der zivilisiert worden? Durch Europa! Wie ist der französische zivilisiert worden? Durch Europa!“<sup>108</sup>*

Genauso möchte die KPÖ Veränderungen der Sozialpolitik der Europäischen Union. Jedoch sieht sie diese als neoliberales Projekt und glaubt nicht in dieser Europäischen Union eine Veränderung bewerkstelligen zu können. Die Einleitung von Artikel X Sozialpolitik des Vertrags von Lissabon unterstützt diese Vermutung.

*„Sie sind der Auffassung, dass sich eine solche Entwicklung sowohl aus dem eine Abstimmung der Sozialordnungen begünstigenden Wirken des Binnenmarkts als auch aus den in den Verträgen vorgesehenen Verfahren sowie aus der Angleichung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften ergeben wird.“<sup>109</sup>*

Es zeigt sich, dass die europäische Union auch in der Sozialfrage auf das Wirken des Marktes hofft. Die KPÖ kann diese Argumentation nicht mit ihrem Weltbild in Einklang bringen und steht somit dem Gesamtprojekt der Europäischen Union mehr als skeptisch gegenüber.

---

<sup>108</sup> Cohn-Bendit, Daniel (2008). In: Europa und der Stier. Spur XV. Europas Entscheidung. Peter Huemer im Gespräch mit Daniel Cohn-Bendit.

<sup>109</sup> Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Konsolidierte Fassung). Titel X. Artikel 151.

## 6.2 Europa in der Krise

Wie gezeigt, sieht die KPÖ die Europäische Union auch hier als Handlanger der Finanzmärkte und als rein wirtschaftliche Union, die den sozialen Aspekt ignoriert. Sie sieht die Bedürfnisse der Banken gegenüber denen der Menschen als höher eingeschätzt. Sie befindet sich damit im Einklang mit der Europäischen Linken. Sie sieht lediglich eine Neugründung der Europäischen Union mit fundamental geänderten Grundregeln als Ausweg. Eine Veränderung der Europäischen Union scheint ihr als aussichtslos.

Im Gegensatz dazu sieht die Sozialdemokratie die Europäische Union als einzigen Ausweg aus der Krise. Sie möchte mit vereinten Kräften aller Staaten diese Krise bewältigen. Sie sieht dabei aber die Gefahr, dass sich viele Menschen benachteiligt fühlen. So wird leise Kritik am Bankensektor geübt und dieser zur Übernahme von Verantwortung gemahnt. Mitunter kommen durchaus auch Stimmen auf, die eine gesetzliche Regelung verlangen. Dabei steht aber immer fest, dass im Einklang mit europäischen Partnern gehandelt wird.



## 7. Schluss

Im Laufe der Arbeit hat sich gezeigt, dass die Fusionsthese und die Erosionsthese jeweils ihre Berechtigung haben. Dank der Analyse der französischen Abstimmung hat sich gezeigt, dass sowohl die Gegner als auch die Befürworter des Reformvertrags aus den jeweiligen, von den beiden Thesen argumentierten Gründen ihr Stimmverhalten an den Tag gelegt hatten.

So behauptet die Fusionsthese, dass ein wirkliches Zusammenarbeiten der europäischen Staaten nur funktionieren kann, sollte die Integration verstärkt werden und letztendlich in einen europäischen Staat münden. Gleichzeitig behauptet sie, dass die fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft den Staaten gar keine andere Wahl lässt als zu kooperieren. Die Motive der Teilnehmer an der Abstimmung, welche positiv gevotet haben, bezeugen, dass hier die Fusionsthese greift. Die Menschen haben aus eben diesem Grund, dem Willen zur Integration, abgestimmt. Doch ist hier nicht nur der Wille zur Integration zu betonen, auch die Ansicht, dass die Union ohne fortschreitende Integration nicht funktionieren kann ist ein starkes Motiv. Die Menschen stimmten nach der Logik der Fusionsthese ab.

Bezugnehmend auf die Sachlogik bedeutet dies aber eine Integration von „aller Politik“ in die Europäische Union. Die Fusionsthese sieht das auf Grund eines „doppelten Entscheidungsdilemmas“. Die Bevölkerung verlangt nach immer mehr Leistungen durch den Staat, die Regierungen sind dazu aber nicht mehr fähig. Die Effektivität der nationalen Wirtschaft ist ohne Öffnung der Grenzen und nationalen Regeln sehr beschränkt. Somit ist es notwendig diese Regeln an eine „höhere Instanz“ weiter zu reichen. Die Befürworter des Reformvertrages gaben bei der französischen Abstimmung eben solche Argumente als Grund für ihr Abstimmungsverhalten an.

Durch die Beteiligung von „nationalen Akteuren“ an den Entscheidungsstrukturen, die Fusionsthese nennt das „duale Legitimität“, entsteht eine demokratische Legitimität. Aus dieser wird eine „diffuse Akzeptanz“ durch die Bevölkerung angenommen. Allerdings

muss diese Akzeptanz durch eine Verbesserung der demokratischen Strukturen gestärkt werden. Ähnlich sieht das die sozialdemokratische Partei, welche zwar immer wieder ihre bedingungslose Unterstützung der Europäischen Union betont und auch in ihrer Politik zeigt, aber dennoch Verbesserungen vor allem im sozialen Bereich und in der Demokratisierung verlangt.

Genau hier setzt nun die Erosionsthese an, die genau diese „diffuse Akzeptanz“ anzweifelt. Ähnlich wie die Gegner des Reformvertrages bei der Abstimmung in Frankreich bzw. die kommunistische Partei, sieht sie die Legitimität der Europäischen Union als zur Diskussion gestellt.

Die Sozialdemokratie steht hier in ihrer Politik fest zur Europäischen Union. Die Rhetorik bezieht sich aber des Öfteren auf nationale Argumente, die vor allem bei den Gegnern des Reformvertrages Gehör finden. Zwar haben auch durchaus die Befürworter der Europäischen Union nationale Argumente, die Abkehr zur Befürwortung einer Volksabstimmung scheint aber auf populistische Weise den Gegnern geschuldet zu sein.

Durch das Übertragen immer mehr nationaler Entscheidungskompetenzen an die Europäische Union sieht sie eine immer stärkere Inakzeptanz der europäischen Institutionen innerhalb der europäischen Bevölkerung. Sieht man sich das Abstimmverhalten in Frankreich an, so sieht man dass vorwiegend nationale Probleme der Grund für ein negatives Votum waren. Es scheint als könnten oder wollten die Menschen hier nicht zwischen europäischen und nationalen Kompetenzen unterscheiden.

Die negativen Stimmen stützen also die Erosionsthese. Sie erkennt die angesprochene Problematik und prangert die nationalen Politiker, ob der Tendenz nationale Probleme der europäischen Union „in die Schuhe zu schieben“ an. Die Erosionsthese nennt dieses Phänomen das „Ebenendilemma“.

Doch hier schließt sich der Kreis zur Fusionsthese, denn ein Ausweg wird in der beschleunigten Demokratisierung gesehen. Die KPÖ sieht hier aber keine Möglichkeit

mehr zu diesem Schritt. Die KPÖ ist hier, man könnte sagen, radikaler als die Erosionsthese und möchte eine Neugründung der europäischen Union.

Die Analyse des Abstimmungsverhalten der Franzosen hat also gezeigt, dass die Befürworter und Gegner des Reformvertrags so gehandelt haben wie die beiden von mir erwähnten Theorien die Europäische Union sehen. Die Befürworter haben nach der positiv gestimmten Theorie, der Fusionsthese, gehandelt, die Gegner nach der negativen, der Erosionsthese. Ob bewusst oder unbewusst scheint sich das Bild der jeweiligen Wählergruppe über die europäische Union in beiden Theorien widerzuspiegeln. Dieser Umstand hat mich in der Wahl der beiden Theorien bestärkt und mir im Laufe der Arbeit Mut gemacht, dass ich auf dem richtigen Weg bin.

Die Herausarbeitung der wichtigsten Sichtweisen von KPÖ und SPÖ zeigten dann ebenfalls Übereinstimmung in der Argumentation. So ist einer der Gründe, nämlich die Ablehnung des Beitritts der Türkei, mit den fiskal- und wirtschaftspolitischen, aber natürlich auch mit den damit verbunden militärischen Auswirkungen zu begründen. Gerade diese militärische Komponente ist einer der wichtigsten Begründungen der KPÖ für eine Ablehnung. Diese Frage hat für die Partei sichtlich oberste Priorität und wurde deshalb intensiv analysiert.

Die KPÖ sieht hier einen Schritt in Richtung europäischer Armee und Hegemonialmacht, welche ihre außenpolitischen Interessen mit Hilfe von militärischen und damit gewalttätigen Mitteln durchzusetzen versucht. Viele der Punkte des Vertrags von Lissabon sieht die KPÖ hier als Bestätigung.

Anders die SPÖ. Bei der Recherche war es schwierig eindeutige Statements von Seiten der SPÖ zu diesem Thema zu finden. Die Europäische Union wird prinzipiell als Friedensprojekt gesehen, ich konnte mich dabei aber des Öfteren des Gefühles nicht verwehren, dass man hier nicht genauer auf das militärische Thema eingehen möchte. Gerne wird hier mit dem Verweis gearbeitet, dass das eigentliche Sicherheitsproblem der Europäischen Union die soziale Frage darstellt. So kann den Argumenten der

Militarisierung weniger Bedeutung beigemessen werden und gleichzeitig das für viele Menschen wichtige Anliegen des Sozialen ins Spiel gebracht werden.

Womit wir schon bei dem für die Sozialdemokratie wichtigsten Punkt wären, nämlich dem Wirtschafts- und Sozialaspekt der Europäischen Union. Die SPÖ sieht sich dabei sozusagen als Anwalt der Bürger, der deren Wünsche gegenüber der Europäischen Union artikuliert. Die Auslegung auf Marktwirtschaft wird durchaus begrüßt und als Mittel für allgemeinen Wohlstand angesehen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit innerhalb dieses Systems hat für die Sozialdemokratie dabei hohe Priorität. Sie glaubt mit der Suche nach Gleichdenkenden auf Ebene der Europäischen Union Veränderungen in der europäischen Politik herbeiführen zu können.

Auch die KPÖ sieht die soziale Entwicklung als wichtigen Punkt an, jedoch anders als die SPÖ in der Europäischen Union falsch aufgehoben. Sie sieht die Europäische Union als Handlanger der Konzerne und als Wegbereiter einer „neuen Weltordnung“ welche durch den Vertrag von Lissabon gestärkt wird. Alleine das Festschreiben des marktwirtschaftlichen Prinzips sieht sie als Angriff auf ein soziales Europa. Als Mitglied der „Europäischen Bewegung“ sieht sie sich als Gegenpol und sucht eine Alternative zur Europäischen Union.

In der Frage der derzeit in Europa stattfindenden Wirtschafts- und Finanzkrise sehen sich beide Parteien in ihrer jeweiligen Haltung bestätigt. Beiden dient die Analyse der Krise als Argument für ihre jeweilige Haltung. Die KPÖ sieht hier das Zusammenspiel der Kapitalinteressen gegen die Bevölkerung der Europäischen Union, während die SPÖ die Gemeinschaft als einziges Mittel sieht die Krise unbeschadet zu überstehen. Die Auswirkung ist im Verhalten der beiden Parteien zu bemerken. So stützt die SPÖ, als Regierungspartei, die Entscheidungen bzw. Darstellungen der Europäischen Union, während die KPÖ als Oppositionspartei die Politik nicht nur kritisch hinterfragt, sondern auch deutlich als Irrtum anprangert.

Die Arbeit hat somit bewiesen, dass sich meine beiden anfangs aufgestellten Thesen

1) Die kommunistische Partei steht der Europäische Union im Allgemeinen und dem Reformvertrag im Besonderen grundsätzlich ablehnend gegenüber.

2) Die sozialdemokratische Partei steht der Europäische Union im Allgemeinen und dem Reformvertrag im Besonderen grundsätzlich positiv gegenüber.

vorwiegend bestätigt haben.

Zwar hat sich gezeigt, dass die jeweiligen Haltungen nicht prinzipiell auf Grund der eigenen Geschichte bestehen, aber doch ableitbar sind. Liegen doch beiden marxistischen Parteien trotz der gemeinsamen ideologischen Basis unterschiedliche Weltanschauungen zu Grunde.

## QUELLENVERZEICHNIS

Besson, Waldemar (1970). Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe. Piper Verlag. München.

Cohn-Bendit, Daniel (2008). In: Europa und der Stier. Spur XV. Europas Entscheidung. Peter Huemer im Gespräch mit Daniel Cohn-Bendit.

Cohn-Bendit, Daniel (2010). In: Der Standard. "Ich habe die Faxen von Österreich dicke.". 16.2.2010.

Elias, Norbert (1997). Über den Prozeß der Zivilisation. Suhrkamp. Amsterdam.

Faymann, Werner (2011). In: Die Presse. „Faymann schliesst Austritt der Griechen nicht aus“. 05.11.2011

Faymann, Werner (2011). In: Österreich. „Schuldenschnitt für Griechen“. 22.10.2011.

Feuerbach, Ludwig. Gegensatz von materialistischer und idealistischer Anschauung. In: Marx/Engels Gesamtausgabe, Deutsche Ideologie, Erste Abteilung Band 5, I. Feuerbach. Marx-Engels-Verlag. Berlin. 1932.

Gehrcke, Wolfgang (2004). Europäische Verfassungskonferenz der Partei der Europäischen Linken. Rom. 24. Oktober 2004. In: Europäische Verfassung - Aufrüstung, Kriegseinsätze.

Hallstein, Walter (1975). Die Europäische Gemeinschaft. Econ Verlag. Düsseldorf/Wien. 1979.

<http://alte.kpoe.at/>

<http://www.bka.gv.at/>

<http://eu-forum.eu/>

<http://europa.eu>

<http://www.faz.net/>

<http://www.ipsos.fr/>

<http://www.kpoe.at>

<http://www.kpoenet.at/>

<http://www.lpb-bw.de/>

<http://www.mmnews.de/>

<http://oesterreich.orf.at/>

<http://www.ots.at/>

<http://www.spoe.at>

<http://www.wien-konkret.at/>

Isensee, Josef (1995). Staat und Verfassung. In: Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hg.). C.F. Müller Verlag. 1987.

Jäger, Thomas/Piepenschneider, Melanie (1997). Unterschiedliche Interessen, ein Ziel? Thesen zur Aufhebung unterschiedlicher Interessenprofile in der Europäischen Union. In: Europa 2020. Jäger, Thomas/ Piepenschneider, Melanie (Hg.). Leske + Budrich, Opladen. Hemsbach.

KPÖ-Parteikonferenz(2006). Es gibt eine Alternative. Wahlplattform der KPÖ zur Nationalratswahl 1. Juli 2006. Wien.

KPÖ-Parteikonferenz(2006). Geben statt nehmen. Wahlauftritt der KPÖ zur Nationalratswahl 2006. 1. Juli 2006. Wien.

Kral, Franz - KPÖ-Gemeinderat in Krems. Folder: Es ist genug für alle da. KPÖ. Drechslergasse 42, 1140 Wien.

Marchetti, Andreas (2006). Beitrittsperspektive stellt zweifelhafte EU-Politiken in Zweifel. In:  
[http://www.bpb.de/themen/1AP4XW,0,0,Beitrittsperspektive\\_stellt\\_zweifelhafte\\_EUPolitiken\\_in\\_Frage.html](http://www.bpb.de/themen/1AP4XW,0,0,Beitrittsperspektive_stellt_zweifelhafte_EUPolitiken_in_Frage.html). 19.06.2006

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2006). Überlastet ein Türkei-Beitritt die EU?. In:  
[http://www.bpb.de/themen/80VDVN,0,0,%DCberlastet\\_ein\\_T%FCrkeiBeitritt\\_die\\_EU.html](http://www.bpb.de/themen/80VDVN,0,0,%DCberlastet_ein_T%FCrkeiBeitritt_die_EU.html). 17.06.2006

Politische Plattform der KPÖ. Beschlossen am 33. Parteitag der KPÖ (Dez. 2004).

Prinzipienerklärung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs (1889).

SPÖ Das Grundsatzprogramm. Donau Forum Druck. Wien.

Steinbach, Udo (2006). Probleme der geografischen, kulturellen und politischen Grenzziehung. In:



[http://www.bpb.de/themen/2K6KOM,0,0,Probleme\\_der\\_geografischen\\_kulturellen\\_und\\_politischen\\_Grenzziehung.html](http://www.bpb.de/themen/2K6KOM,0,0,Probleme_der_geografischen_kulturellen_und_politischen_Grenzziehung.html). 17.05.2007.

Stingl, Josef (2007). EU-Reformvertrag: Volksentscheid für GLB unumgänglich. In: <http://news.glb.at/news/article.php/20071019084145306>. 18. Oktober 2007.

Stratenschulte, Eckhart (2010). Sozialpolitik. In: <http://www.bpb.de/themen/Y6GGKK,0,0,Sozialpolitik.html>. 20.10.2010

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Konsolidierte Fassung).

Vertrag über die Europäische Union (Konsolidierte Fassung).

Wahlmanifest der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Den Wohlstand gerecht verteilen. 20 Projekte für mehr Fairness in Österreich. SPÖ. Wien. 2006.

Wessels, Wolfgang (1992). Staat und (westeuropäische) Integration. Die Fusionsthese. In: Die Integration Europas. Kreile, Michael (Hg.). Westdeutscher Verlag. Wiesbaden.

Wessels, Wolfgang (1997). Die Europäische Union der Zukunft – immer enger, weiter und ... komplexer? Die Fusionsthese. In: Europa 2020. Jäger, Thomas/ Piepschneider, Melanie (Hg.). Leske + Budrich, Opladen. Hemsbach.

# LEBENS LAUF

## PERSÖNLICHE DATEN

---

Name **Rudolf BREZNA**  
Geburtsdatum 09.03.1981  
Geburtsort Wien

## AUSBILDUNG

---

**2000 – 2012** **Studium zur Politikwissenschaft, Universität Wien**  
1995 – 2000 Bundeshandelakademie Polgarstraße 24

## BERUFSERFAHRUNG

---

03/2011 – 09/2011 Kostenverrechnung Verlassenschaften, Fonds Soziales Wien  
01/2011 – 02/2011 Buchhaltung, YIT Österreich  
03/2009 – 06/2010 Assistent (Honorarabrechnung),  
WS 2002/03 Digitalisierung von Parlamentsunterlagen und Mitarbeit an der  
Erstellung der neuen Parlamentshomepage; Österreichisches  
Parlament  
08 – 09/2000 Sachbearbeiter (Datenpflege), Microsoft Österreich  
07/1999 Ferialpraxis, Renault LKW Österreich  
07 – 09/1998 Ferialpraxis, Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien

## SONSTIGE KENNTNISSE

---

Sprachen Englisch sehr gut  
EDV-Kenntnisse Grundlagen HTML, MS-Office, SPSS, Zehnfingersystem